

Correspondenzblatt

der
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50.
Postzeitungsnummer 1635.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften
erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:
P. Umbreit,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Inhalt:

	Seite		Seite
Ein „Friedensdepartement der Arbeit“	17	Unternehmerkreise: Das Unternehmertum und die Tarifverträge	30
Statistik und Volkswirtschaft: Die Streits und Aussperrungen in Oesterreich i. J. 1900. — Die wirtschaftlichen Ausichten für das Jahr 1902. — Enquete über die wirtschaftliche Krisis. — Die Arbeitsstatistik im Staate New-York.	20	Arbeitererschutz: Konferenz der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner für die Gewerbeinspektion in Württemberg	30
Arbeiterbewegung: Internationale Bergarbeiterverhältnisse I. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus den ausländischen Gewerkschaften.	23	Gewerbegerichtliches: Wahlen in Rüttenscheid, Baugen und Kolberg	32
Kongresse: Sechste Generalversammlung des Verbandes der Dachdecker. — Konferenz der Vertreter der Vorstände der Buchbinder, Lederarbeiter und Portefeuliker. — Der zweite Kongreß der ungarischen Gewerkschaften und Bildungsvereine. — Diesjährige Verbandstage. — Generalversammlungen im Januar	27	Justiz: Verweigerung der Schankkonzession für das Breslauer Gewerkschaftshaus	32
		Audere Arbeiterorganisationen: Aus christlichen Gewerkschaften. — Eine Sonderorganisation der Isolierer und Rohrbühler	32
		Mitteilungen: Statistik der deutschen Arbeitersekretariate. — Adressenänderungen der Verbände, Kartelle und Sekretariate betreffend. — Monatsquittung der Generalkommission für Dezember	32

Ein „Friedensdepartement der Arbeit“.

Eine Aufsehen erregende Nachricht brachte der Telegraph Mitte Dezember aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, — nämlich die Konstituierung eines Friedensdepartements, mit der Aufgabe der Verhütung von Streiks und Förderung des Friedens zwischen Kapital und Arbeit. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches, denn Anläufe dazu hat es bereits in den verschiedensten industriellen Ländern gegeben, und es wäre höchstens verwunderlich, daß die „praktischen Yankee-Kapitalisten“ sich trotz Mißgeschicks aller derartigen Versuche auf eine solche unfruchtbare Idee einließen. Aber diese Idee scheint nicht eine solche der amerikanischen Kapitalisten gewesen zu sein, sondern der Plan einiger Gewerkschaftsführer, denn anders läßt sich sowohl das phänomenartige Stattfinden der Friedenskonferenz, als auch die hervorragende Mitwirkung dieser Gewerkschaftsführer schwer erklären. Damit stehen auch die Ausführungen Gompers im Einklange, welcher erklärte, daß die Arbeiter mit dieser Friedensbewegung einverstanden seien: „Sonst hätten wir Ihnen dieselbe nicht empfohlen. Es war das Bestreben beider Parteien (Kapital und Arbeit), den Arbeitern Nutzen zu bringen, und die ganze Bewegung wird zum Abschluß von Verträgen führen, auch dort, wo bisher Feindseligkeiten geherrscht haben. Wir haben an diesem Werke längere Zeit gearbeitet. Wir wollen Verträge mit den Arbeitgebern, mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit und bessere Bedingungen für die Arbeiter.“

Wenn wirklich die Initiative zu dieser Friedenskonferenz von den Arbeiterführern ausging, dann erscheint das Verhalten der Unternehmervertreter und der sonstigen „neutralen“ Mitwirkenden in völlig anderem Lichte. Dann war es von ihrer Seite her kein sozialpolitischer Utopismus mehr, sondern praktische Unternehmerpolitik, zu dieser Friedendemonstration die Hand zu bieten, da sie dadurch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die

Gewerkschaften der Arbeiter erlangten und ihnen „im Namen des industriellen Friedens“ leicht Beschränkungen zumuthen könnten, die für diese verhängnisvoll werden können. Doch berichten wir zunächst über die Thatfachen. Am 17. Dezember trat in Newyork unter dem Vorsitz des Millionärs Straus, eines Philanthropen, auf Anregung der „National Civic Federation“ eine Gesellschaft von Politikern, Geislichen, Unternehmern und Arbeiterführern zusammen, zwecks Verathung von Maßnahmen zur Verhütung der folgenschweren Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Nach der Diskussion, an der sich u. A. die Gewerkschaftsführer Sargent (Bruderschaft der Lokomotivführer), Gompers (Präsident der American Federation of Labor) und Mitchell (Präsident der Miners) beteiligten, wurde auf Antrag Sargent's ein Comité von je zwölf Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und neutralen Männer eingesetzt, deren Auswahl der Ernennung durch Herrn Straus vorbehalten blieb. Derselbe ernannte folgende Personen zu Mitgliedern des Friedenscomités:

a) Arbeitgeber: Mark Hanna; Charles Schwab (Präsident des Stahltrusts); Collaway (Präsident der American Locomotive Co.); Ch. A. Moore (Präsident des Werkzeugtrusts); J. D. Rockefeller jr. (Standard Oil Co.); H. D. Breeland (Präsident der Metropolitan Straßenbahn-Co.); Lewis Nixon (Präsident der Crescent Schiffswerft); A. Chambers (Präsident des Glasstrusts); Will. S. Phaler (Präsident der Nationalassociation der Osefabrikanten); P. Knuttschnitt (Präsident der Südpazific-Bahn); P. Ripley (Präsident der Atchinson-, Topeka- und Santa Fe-Bahn) und M. W. Marks (Präsident der Kleiderfabrikanten-Association).

b) Arbeiter: Sam. Gompers (Präsident der American Federation of Labor); John Mitchell (Präsident der Bergleute); Frank P. Sargent (Präsident der Lokomotivführer); James Duncan (Sekretär der Granitsteinarbeiter); Dan. J. Keefe (Präsident der Hafnarbeiter); M. Fox (Präsident der Eisenformer); Jam. E. Lynch (Präsident der Intern.

Und auch im Holzarbeiterverband ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in aller kürzester Zeit zu erwarten. Damit fällt aber auch der letzte Vorzug, den die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften ihren Mitgliedern etwa bieten konnten, und zugleich das letzte Sonderinteresse, daß diese an jene längst veralteten und das allgemeine Arbeiterinteresse schädigenden Organisationen kettete. Dem Siegeslauf der freien Gewerkschaften Schritt zu halten, sind die letzteren außer Stande; sie konnten sich nur in jener Zeit entwickeln, als die wahren Arbeiterorganisationen in Ketten und Banden geschlagen waren. Jede energische Beitragserhöhung, jede rege Lebensentfaltung ist ihnen unmöglich, scheitert an der Furcht vor dem Verlust der Mitglieder. Nicht leben, nicht sterben können, abhängig von dem Willen der freien Gewerkschaften, denen sie hindernd im Wege stehen, ein Schmarotzer ihrer Erfolge — gehemmt durch ein absolutistisches System der Bevormundung und durch politische Armutzeugnisse dem Hohn aller denkenden Menschen überliefert — das ist das traurige und mahnende Schicksal der Schöpfungen eines Mannes, der die Arbeiterklasse hindern wollte, ihre eigenen Wege zu gehen, ihr eigenes Glück und ihr Schwert zum Kampfe zu schmieden. Und gewiß das Tragischste dabei ist, daß dieser Mann einen solchen Ausgang seiner Träume erleben muß und keine Empfindung besitzt für das Blamable seiner Rolle, das selbst die Mehrheit seiner eigenen Anhänger gegen ihn auffällig macht, die nicht weniger zu bemitleiden sind als er. Sie haben umsonst gespart und entbehrt und bei den Kämpfen ihrer Brüder thätlos zur Seite gestanden, und er hat umsonst gegen den Siegeszug der unabhängigen, freien Arbeiterbewegung deklamiert und protestiert. Der Triumph der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung wird das Ende aller Zersplitterter der Arbeiterklasse sein.

Gewerkschaftsautonomie im Kreise Iserlohn.

Die sog. neutralen Gewerkschaften und Industriearbeitervereine lokalen Umfanges, die sich der Kreis-Gewerkschaftskommission zu Iserlohn-Lüdenscheid angeschlossen und ein gemeinsames Arbeitersekretariat zu Hohenlimburg errichtet haben, beabsichtigen, mit dem 1. Januar 1902 ein besonderes Gewerkschaftsorgan, „Der Industriearbeiter“, herauszugeben. Diese Gewerkschaften sind lokalistischen Ursprungs, gleichwie die Solinger Stahlarbeitervereine, denen sie auch hinsichtlich ihres Industriezweiges (sie gehören sämtlich der Kleinisenindustrie an) nahe stehen. Ihre Verschmelzung mit dem für sie zuständigen Metallarbeiterbund lehnten sie bisher ab mit der Motivierung, daß die dortigen Arbeiter für die Verbandsidee noch nicht reif seien und der Organisation nicht verloren gehen dürften. Indef sei ein späterer Uebertritt zum Metallarbeiterverband durch eine Bestimmung im Kreisstatut vorgeesehen.

Da diese Organisationen bisher in gleicher Richtung wie die Gewerkschaften wirkten und direkte Schädigungen nicht vorkamen, so wurden ihnen keine weiteren Hindernisse in den Weg gelegt. Die Gründung eines besonderen Gewerkschaftsorgans und die Errichtung eines Zweigvereins in Schwerte deuten indef darauf hin, daß die dortigen Gewerkschaften nicht allein den bisherigen status quo für alle Zeit verlängern, sondern sich auch auf weitere Gebiete ausdehnen wollen, woraus naturgemäß Konflikte mit unseren Gewerkschaften, insbesondere mit dem Metallarbeiterverband, entstehen müssen. Daß ein Gewerkschaftsblatt für die Arbeiter notwendig ist, wird jeder Einsichtige ohne Weiteres anerkennen. Der lokale „Ge-

meinnützige“ kann das Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Aufklärung nicht auf die Dauer hinreichend befriedigen. Wenn es aber den dortigen Gewerkschaften mit ihrem späteren Uebertritt zum Metallarbeiterverbande Ernst ist, weshalb führen sie dann für ihre Mitglieder die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ nicht ein, die allen allgemein bildenden Ansprüchen genügen dürfte und jedenfalls auch den Raum für lokale Veröffentlichungen zur Verfügung gestellt hätte. Oder brauchen die Iserlohner Kreisgewerkschaften mehr Raum wie die übrigen 100 000 organisierten Metallarbeiter Deutschlands? Und wenn sie der Organisation in fremden Orten Mitglieder zuführen wollen, weshalb gehen sie auf eigene Faust vor, anstatt sich mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften zu verständigen und ein Abkommen herbeizuführen, dem besonders der Vorstand des Metallarbeiterverbandes loyal entgegengekommen sein würde?

Es ist schwer, das eigenmächtige Vorgehen der dortigen Kreisgewerkschaften anders zu erklären, als aus Autonomiegelüsten, die mit den die große deutsche Gewerkschaftsbewegung beherrschenden Grundfäden einheitlicher Organisation in krassem Widerspruche stehen. Daß unsere Gewerkschaften jeder jungen Gruppe Zeit zur Anpassung an das große gemeinsame Gefüge gewähren, das haben gerade die Iserlohner Gewerkschaften hinreichend erfahren. Derartige Nachsicht ist unseren Gewerkschaften schon mehrfach übel vergolten worden, so daß es erklärlich wäre, wenn manche derselben mit dieser Taktik brechen und rücksichtslos den Kampf gegen alle eigenbröcklerischen Außenreiter aufnehmen würden. Auch hier scheint sich dasselbe Spiel zu wiederholen, daß der Niederrheinische Weberverband mit unseren Gewerkschaften trieb. Dem länger ruhig zuzuschauen, wäre gleichbedeutend mit der Förderung der Arbeitersplittierung. Das Fiasco des Weberverbandes sollte den Leitern der Iserlohner Gewerkschaften zur Warnung dienen, ihre eigensüchtigen Bahnen weiter zu verfolgen. Sie entfernen sich dadurch nur von der allgemeinen Arbeiterbewegung und eine solche Isolierung kann ihnen in künftigen Kämpfen verhängnisvoll werden. Die erste Frucht dieses Vorgehens der Iserlohner Gewerkschaften ist darin zu erblicken, daß der an Stelle des abgehenden Sekretärs Wärtens gewählte Genosse Bernhardt Müller-Martranzstädt die Annahme dieser Wahl abgelehnt hat.

Ein „nichtsozialdemokratisches“ Arbeiterkartell hat sich in Berlin unter dem Vorhänge des Arbeitersekretärs Behrens gebildet. Dasselbe soll etwa 12 000 Mitglieder mit ihren Vereinen umfassen. Zu seinen Mitgliedern zählen der Verband christlicher Maurer, der Bauarbeiter, der Zimmerer, der Dachdecker, der christlichen Metallarbeiter, die christlichen Holzarbeiter, der Verein Berliner Hausdiener, der Berliner Gau des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der Bund der Fleischer, der katholische Arbeiterverein, der Evangelische Arbeiterverein und andere. Zu seinen Hauptaufgaben zählt das Kartell die Beteiligung an den Arbeiter-Vertreterwahlen.

Wir könnten Herrn Behrens noch einige Miniatur-Berufsvereine mitteilen, die sich bisher niemals um Arbeiterangelegenheiten gekümmert haben und in Zukunft dazu beitragen könnten, dem Sammelruf des neuen Organisationsführers zu folgen. Im Geiste sehen wir diesen „kommenden Mann“ schon an der Spitze seiner Myrmidonen die großen Wahlschlachten schlagen und die freien Gewerkschaften aus allen Arbeitervertretungen verdrängen. Wir fürchten nur, daß die Evangelischen, Katholischen und Antisemiten sich auf die Dauer nicht vertragen werden und daß dann das ganze Kartell und mit ihm der schöne Großmachtstraum des Herrn Behrens kläglich enden wird.

Die Konferenz wurde als „Friedenskomödie“ gekennzeichnet.

Was Gompers und seine Mitwirkenden zur Teilnahme an einer solchen, trotz ihrer einflussreichen Akteure für die Arbeiter fruchtlosen Aktion veranlaßte, das ist nur aus ihrer Feindschaft gegen gesetzliche Einigungsämter und Zwangsschiedsgerichte und aus ihren Antipathien gegen Politiker und Parteien verständlich. Einem Artikel im Novemberheft des „American Federationist“, der die Friedensliebe der Arbeiter, ihre Abneigung gegen Streiks und ihr Eintreten für Organisation, Vergleich und freiwillige Schiedsgerichte hervorhebt, wäre unter gewöhnlichen Verhältnissen lediglich agitatorischer Werth beigemessen worden; nach der Konferenz mit den Trustmagnaten gewinnt er indeß eine programmatische Bedeutung, und da ist es gewiß von Interesse, zu erfahren, wie Gompers in diesem gleichzeitig als Festartikel in einer hauptstädtischen Zeitschrift erschienenen Aufsatz das Streikproblem behandelt. Er schreibt in dem Festartikel unter der Ueberschrift: „Warum sollen Arbeit und Kapital ausgesöhnt sein“, im „American Federationist“ aber unter dem Titel: „Die organisierte Arbeit, ihre Kämpfe, ihre Feinde und faulen Freunde“: „Wie Kapital und Arbeit miteinander versöhnt werden können, darüber braucht man sich keine Grillen zu machen, denn sie sind eines und dasselbe. Wie Arbeiter und Kapitalisten miteinander auskommen können, ist jedoch vollständig im Bereich der Untersuchung. Es ist dieses ein Thema, dem Beide (Arbeiter und Kapitalisten) ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und Forscher über volkswirtschaftliche Fragen sowohl, als Förderer der gesellschaftlichen Wohlfahrt ihre besten Gedanken widmen sollten. Es mag dieses zu dem Schluß führen, daß trotz dem Lärm, der uns umtobt, und den Zusammenstößen, die gelegentlich vorkommen, eine beständige Neigung zu einem Vergleich zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vorhanden ist, der ununterbrochen Erzeugung und Verteilung der Güter und ebenfalls höchster Grundsätze halber für das Allgemeinwohl des ganzen Volkes.“

Keine Menschengruppe beklagt Streiks mehr, als die organisierten Arbeiter und ist es eines ihrer Hauptstreben, deren Zahl zu vermindern, wenn nicht ganz und gar aufzuheben. Denkende Menschen haben aber keine Sympathie mit den blöden Schimpereien und Verdammungen, die ihnen dieserhalb von Versuchspolitikern, durchgefallenen Schulmeistern, verworrenen Theoretikern, den offenen und geheimen Feinden der Arbeiter, zu Theil werden.“

Hier tritt uns neben dem Betonen der gleichen Friedensneigung zwischen Kapitalisten und Arbeitern der Haß gegen Klassenkampfdoktrinäre und Politiker mit voller Schärfe entgegen. Der Artikel wird beherrscht vom Mißtrauen gegen gesetzliche und politische Beeinflussung der Arbeiterkämpfe und von der Auffassung politischer, sozialer, wirtschaftlicher und moralischer Unabhängigkeit der Arbeiter. Einer solchen Anschauung, kam der Gedanke, mit den Kapitalvertretern direkt in Verbindung zu treten, um mit ihnen gemeinsam über gewerbliche Streitigkeiten zu entscheiden, nicht fern liegen. Wer in den Konflikten zwischen Kapitalisten und Arbeitern nichts Anderes als gelegentliche Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Arbeitsbedingung erblickt, über die die Betroffenen nicht einig werden können, der greift

nach dem Phantom eines Friedensgerichts, das solche Konflikte verhütet.

Wir zweifeln nicht daran, daß die an der Friedensaktion beteiligten Arbeitervertreter ein edles Ideal zu vertreten meinen und auch nur das Beste für die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft beabsichtigen. Ihnen einen Verrath der Arbeiterinteressen zu unterschieben, wie es temperamentvolle, sozialistische Parteiorgane drüben thun, wäre ebenso absurd, als sie der Dummheit zu zeihen, daß sie nicht fähig seien, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Wenn ein Duzend von Gewerkschaftsführern in sehr verantwortungsvoller Stellung sich an einer solchen Aktion beteiligt, so wissen sie ebenso, was sie thun, als auch, wie sie ihr Handeln zu verantworten haben. Trotz alledem kann der Weg, den sie beschritten haben, dennoch für die Arbeiter nur mehr nachtheilig, als vortheilhaft sein, und er ist es, unserer Ueberzeugung nach, weil er die Entscheidung über die Kämpfe der Arbeiter in eine von Unternehmern weit mehr beherrschte, als von den Arbeitern beeinflusste Körperschaft legt und zugleich eine das Wesen dieser Kämpfe verkennende Auffassung predigt, die grundverschieden von der kapitalistischen Auffassung der Streiks ist. Wo die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt wird, da hat das rücksichtslos sein Interesse durchsetzende Kapital leichtes Spiel. Die numerisch stärkste Gewerkschaft der Arbeiter wird zum Rangball seiner Diplomatie. Nur die Erkenntniß der Gegensätzlichkeit zwischen Kapital- und Arbeitsinteressen erzieht die allezeit kampfbereite Arbeiterschaft, die eiferjüchtig und selbstbewußt ihr Ansehen und ihre Interessen wahrt.

Daß Vergleiche und Schiedsgerichte auch auf dieser Basis möglich sind und Streiks nicht die Regel bilden, beweisen die Erfahrungen der Gewerkschaften in England und Deutschland. Es ist aber ein prinzipieller Unterschied, im Konfliktfalle einen Schiedspruch anzunehmen oder ihn herbeizuführen gegenüber dem gemeinsamen Friedensbunde mit Trustmagnaten zur Verhinderung von Streiks. Das Erstere bedeutet für die gerüstete, im Kampfe befindliche Arbeiterschaft eine wenigstens theilweise Anerkennung ihrer erhobenen Forderungen, — das Letztere führt zum Verzicht auf die Durchführung von Forderungen, also zum Schutze der Unternehmer gegen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Dies erklärt auch die Bereitwilligkeit, mit der selbst wüthende Gewerkschaftsgegner, wie Schwab u. A., sich an der Friedensaktion beteiligen, um so mehr, als nach den übereinstimmenden Berichten zahlreicher amerikanischer Gewerkschaften, im Jahre 1901 eine außerordentlich günstige Geschäftslage wahrzunehmen war und demzufolge in zahlreichen Berufen bedeutende Lohn-erhöhungen durchgeführt wurden, und die Aussichten für das begonnene Jahr nicht minder günstige sind. Wir zweifeln zwar nicht daran, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich nicht so leicht die Hände binden und mit Friedenssympathien abweisen lassen werden. Aber dann wird auch die Wirkung des Friedenscomités eine äußerst geringe sein. Die Verwirrung, die diese unnatürliche Allianz in den Kreisen der vielköpfigen und schwer lenkbaren Arbeitermassen anrichten muß, wird größer und schädlicher sein, als alle erhofften und thatsächlichen moralischen und sonstigen Erfolge auf diesem Wege.

Selbst ein Vertreter der zu doktrinären Anschauungen so wenig neigenden englischen Gewerkschaften, Ben Tillet, der mit Chambers gemeinsam zur Konvention der „American Federation of Labor“ in Scranton delegiert war, verurtheilt entschieden die Theilnahme der Gewerkschaftsvertreter an diesem Friedenscomité. In einem

Typographen); Edw. C. Clark (Großmeister der Straßenbahnkonduktöre); Henry White (Sekretär der Schneider); W. McArthur (Redakteur des Seemanns-Journals) und Jam. O'Connell (Präsident der Maschinisten).

Neutrale (Publikum): Grover Cleveland (Expräsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika); Corn. N. Bly (Bankier); Ch. Fr. Adams (ehemaliger Präsident der Union Pacific-Bahn); Bischof John Ireland; Ch. W. Elliot (Präsident der Harvard-Universität); Franklin M. Leigh (Spezerei-Großhändler); Jam. A. Edels (ehemaliger Montroseur); J. J. McCool (Anwalt für Störvorationen); J. G. Milburn (Advokat in Buffalo); Ch. J. Bonaparte (Beamter, Mitglied der französischen Prätendentenfamilie); D. E. Straus (Millionär) und M. Casley (Sekretär der Civic Federation).

Zur Charakterisierung einiger dieser Persönlichkeiten sei folgendes bemerkt: Mark Hanna, bekannt als Politiker in McKinley's Regierung, dessen rechte Hand er war, hat sich um die Organisation der amerikanischen Kapitalisten als politische Partei der Republikaner und um die Vertretung ihrer Interessen hervorragende Verdienste erworben. Er ist Mitbesitzer der Straßenbahn in Cleveland und von Minen in Virginia, die ihre Arbeiter und Angestellten zu Hungerlöhnen ausbeuten. Charles Schwab, der Gewaltige des Stahltrübs, ist ein abgesetzter Feind der Gewerkschaften; er hielt selbst auf dem Friedensmeeting eine von Haß gegen diese erfüllte Rede, die Mark Hanna Gelegenheit bot, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaften zu betonen und sich als Gönner der „organisierten Arbeit“ aufzuspielen. Ihm (Schwab) wird vor Allem der Abbruch der Verhandlungen mit der Stahlarbeiter-Union zugeschrieben, der im letzten Jahre den Ausbruch des gewaltigen Stahlarbeiterstreiks herbeiführte. Dieser Mann dürfte danach wie kein Anderer zum Friedensherold und Schiedsrichter geeignet sein. Expräsident Cleveland steht in gutem Angedenken seit dem großen Eisenbahnerstreik, wo er die Bundesstruppen auf die Streikenden schießen ließ. Die übrigen Teilnehmer sind als rücksichtslose Vertreter der Kapitalinteressen bekannt. Von den „Neutralen“ sind vier Kapitalisten, drei vom Großkapital abhängige Personen, zwei Beamte, einer Geistlicher, einer Privatbeamter und einer Expräsident.

Und diese illustre Gesellschaft, in der den zwölf Arbeitervertretern mindestens 20 offenbare Kapitalvertreter gegenüberstehen, soll künftig den Frieden zwischen Kapital und Arbeit fördern.

In der Erklärung des Comités, das den Namen „Industrial Departement der National Civic Federation“ führt, heißt es:

„Zweck und Ziel dieses Departements soll sein, den industriellen Frieden zu fördern, zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gerechte Beziehungen zu gestalten, durch seine guten Dienste zu versuchen, Streiks und Lockouts zu verhüten und zu verhindern und dort industrielle Beziehungen zu etablieren, wo Differenzen bestanden.“

„Zu jeder Zeit sollten Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, organisierte sowohl als nichtorganisierte, behufs Beilegung von Differenzen oder Streitigkeiten konferenzieren, ehe es zu einem Bruch gekommen ist, und auf diese Weise Streiks oder Lockouts vermeiden, sowie deren Zahl vermindern.“

„Der Abschluß von gegenseitigen Verträgen betreffs der Bedingungen, unter welchen Arbeit verrichtet wird, soll ermunthigt werden, und wenn ein derartiger Vertrag abgeschlossen worden ist, sollen die Bedingungen von beiden Parteien genau nach den Klauseln und im Sinne des Kontrakts eingehalten werden.“

„Dieses Departement soll auf Ersuchen, entweder als ganzes Comité, oder, wenn ein Subcomité ernannt wird, als Forum für die Beilegung von Differenzen oder für die Fällung von Entscheidungen in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fungieren, vorausgesetzt, daß die Sache nach Ansicht des Comités wichtig genug erscheint.“

„Dieses Departement wird keine abstrakten industriellen Probleme in Erwägung ziehen.“

„Dieses Departement wird nicht die Macht für irgend welche Vermittlung übernehmen, außer wenn beide in einem Streit begriffenen Parteien demselben diese Macht übertragen.“

„Dieses Departement soll behufs Regulierung Nebengesetze annehmen.“

Zum Präsidenten des Comités wurde Mark Hanna ernannt; das einflußlose Vizepräsidium wurde der Arbeitergruppe überlassen und Sam. Gompers damit beehrt. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Millionär Straus, zum Schatzmeister der Truistritter Moore und zum Sekretär Casley von der Civic Federation erkoren. In das Subcomité, dem die Ausarbeitung von Nebengesetzen obliegt, wurden vier Kapitalisten (je zwei aus der Arbeitgeber- und „neutralen“ Gruppe) und zwei Arbeitervertreter (Gompers und White) gewählt. Der Sitz des Comités ist in Newyork. Ueber das Vorgehen des Comités erklärte Mark Hanna: Man dürfe nicht denken, daß eine vollständige Umwälzung der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit unternommen, noch ein Zwangsschiedsgericht eingeführt werden solle. Das Manifest sei mehr eine bloße Prinzipienklärung. „Das Erste, was in der Angelegenheit zu thun ist, wäre eine nähere Verbindung der anscheinend entgegengesetzten Faktoren, um dies dann als Fundament für unsere Bestrebungen zu benutzen. Ich bin kein Neuling mehr in diesem Geschäft. Während der vergangenen 40 Jahre habe ich Arbeiter aller Gewerbe beschäftigt. Meine erste Erfahrung mit organisierter Arbeit war im Jahre 1874, und seit dieser Zeit habe ich ihre Entwicklung, Ausbreitung und ihre schließlichen Erfolge beobachtet. Arbeiterorganisationen sind entstanden, um zu bleiben, und wenn mit dem Kapital verbunden, wird es im Stande sein, alle Differenzen, welche zwischen beiden Faktoren bestehen mögen, schnellstens und für immer zu beseitigen. Während wir nicht erwarten, daß von nun an alle Streiks vermieden werden, so können sie doch durch die Thätigkeit des Comités auf ein Minimum reduziert werden. Die Vorschläge des Comités müssen angenommen werden, da die Interessen der beiden Klassen niemals getrennt werden können.“

In der amerikanischen Gewerkschaftswelt begegnet indeß diese Friedensaktion sehr gemischten Gefühlen, und neben Skeptizismus fehlt es nicht an scharfer Kritik gegen die Theilnahme von Gewerkschaftsführern an derselben. In der Central Federated Union in Newyork kam es bereits am 23. Dezember zu scharfen Auseinandersetzungen über einen Antrag, der Sam. Gompers auffordern soll, einen offiziellen Bericht über die Friedensaktion zu geben. Obwohl der Vorsitzende der Union den Antrag zurückwies, mit der Erklärung, Gompers habe in dieser Angelegenheit nicht die Gewerkschaften vertreten und die Union habe daher kein Recht zu einem solchen Verlangen, trotzdem andere Verteidiger ausführten, Gompers habe der Konferenz nur beigewohnt, um zu ermitteln, ob dadurch irgend ein Kanal für schiedsgerichtliche Beilegung der Differenzen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eröffnet werden könne, und obwohl das Ganze als persönliche Angelegenheit Gompers' dahingestellt wurde, so wurde der Antrag dennoch angenommen.

keinen Erfolg; die Forderungen auf Aenderung der Arbeitsordnung brachten 20 mal vollen, 11 mal theilweisen und 31 mal keinen Erfolg. Bei den sonstigen Forderungen kam es in 27 Fällen zu vollem, in 29 zu theilweisem und in 46 Fällen zu keinem Erfolg.

Nach beendigten Streiks nahmen 97 564 (92,8 pZt.) Beteiligte die Arbeit wieder auf, 2658 (2,5 pZt.) wurden entlassen, und 4879 verzichteten auf Wiedereintritt, während 27 in anderer Weise abgingen. 4346 Arbeiter wurden als Ersatz für Ausgeschiedene neu eingestellt.

Der Ruhm der deutschen Behörden, die Streikstatistik mit kriminalistischen Erhebungen zu verquicken, hat auch das österreichische Arbeitsstatistische Amt nicht ruhen lassen; es bringt erstmalig Nachweise über die Ziffern der angeblich vorgekommenen Kontraktbrüche und über die behördlichen und gerichtlichen Einschreitungen. Darnach hat in 111 Fällen eine Kündigungsfrist nicht bestanden; von den übrigen 192 Fällen wurde bei 19 mit 797 Ausständigen die Kündigungsfrist von Allen und in 3 Fällen von 258 unter 13 821 Betheiligten innegehalten. Anlässlich der Streiks wurden 540 Arrestirungen und 331 Verhaftungen, 10 Abschiebungen, 59 Ausweisungen und 674 Bestrafungen vorgenommen.

Auch eine polizeiliche Versammlungsstatistik leistet sich das Amt, indem es von 1711 Versammlungen vor und nach Ausbruch von Streiks berichtet, von denen 47 aufgelöst und 188 „überhaupt verboten“ wurden. Interessant ist der Nachweis über Streiks, die sich seit dem Vorjahr im gleichen Betriebe wiederholten. Es kamen hierbei 27 in Betracht und im Zeitraum von 1894 bis 1900 nicht weniger als 387 Betriebe. Von 1895—1900 wurden 124 Betriebe im gleichen Jahre zweimal, 15 Betriebe je dreimal, 4 Betriebe viermal, 1 Betrieb fünfmal, 3 Betriebe je sechsmal, 1 Betrieb achtmal und 1 Betrieb sogar neunmal von Streik betroffen, derart, daß der spätere Streik immer vor Jahresablauf dem früheren folgte.

Von den an den 10 Aussperrungen beteiligten 4036 Arbeitern wurden 3703 (75,8 pZt.) wieder zur Arbeit zugelassen.

An die Publikation der Statistik schließt sich eine umfangreiche Schilderung des am 2. Januar 1900 begonnenen großen Kohlengräberstreiks in Böhmen, Mähren und Schlesien an, der 224 Bergbaubetriebe von 111 verschiedenen Unternehmungen (darunter 217 Großbetriebe) betraf und 87 364 Arbeiter, darunter 4818 weibliche, umfaßte. Von diesen stellten 65 680 die Arbeit ein, darunter 65 517 ohne Innehaltung der Kündigungsfrist. Der Streik dauerte 105 Tage (bis 17. April) und erreichte seinen Höhepunkt Mitte Februar mit circa 59 000 gleichzeitig streikenden Personen. 30 Betriebe stellten die Arbeit völlig ein, etwa 3000 Arbeiter waren dadurch zum Feiern gezwungen.

Bereits am 10. Januar gestanden die Gewerke den Arbeitern 5 pZt. Lohnerhöhung, freies Licht und Deputatkohle, sowie die zehnstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt zu. Die Delegierten befürworteten die Annahme dieses Angebots, wurden aber von den Belegschaften überstimmt. Der Mangel einer einheitlichen Organisation und Streikleitung trat hier fühlbar zu Tage. Mitte Februar ließ der Streik nach; am 17. März streikten noch 53 000, Ende März aber nur 6500 Bergleute. Der Erfolg des Niesenkampfes, des größten in der bisherigen Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, wird wie folgt zusammengestellt:

Lohnerhöhungen (5—10 pZt.)	in 121	Betrieben
freie Hauskohle (12,5—36 cbm)	in 11	"
freies Licht	in 25	"
Beistellung des Gezähes	in 3	"
freie Sprengmittel	in 16	"
Abschaffung des Lohnabzugs für Schärpen des Gezähes	in 29	"
Herabsetzung der Schichtdauer	in 16	"

Kürzung der Schichtdauer vor Sonntag und Festtagen..... in 10 Betrieben
Zuwendungen an die Bruderlade in 7 "
Erleichterungen bei Waarenbezug aus den Vermaagazinen..... in 10 "
61688 Ausständige nahmen die Arbeit wieder auf, 1057 wurden entlassen, 2908 verließen freiwillig die Werke, neu aufgenommen wurden 27 Arbeiter. Der Ausstand verursachte einen Produktionsausfall von 47 Millionen Meterzentnern Kohle und über 1 Million Meterzenter Kokes. Die Zahl der veräumten Schichten wird auf mehr als 3 Millionen berechnet. Die Ausständigen verloren etwa 9 Millionen Kronen an Löhnen; als Unterstützung erhielten sie vor der Gewerkschaftskommission Oesterreichs Nr. 326 572; indeß wurden sie auch von der Bevölkerung nachhaltig, vielfach mit Naturalien, unterstützt. Der größte Erfolg dieses Ausstandes zeigte sich jedoch im nächsten Jahre 1901, in welchem der gesetzliche Neunstundentag, sowie die Sonntagsruhe, für alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter eingeführt wurden. Selten ist ein so umfangreicher Kampf mit größerer Opferwilligkeit der Arbeiter geführt worden; aber wenn der direkte Erfolg auch minimal war, woran vor Allem die ungenügende Organisation der Bergleute selbst die Schuld trug, so hat er sich doch in der Folge als segensreich erwiesen, so daß die Opfer nicht verloren waren.

Die wirthschaftlichen Ausichten des bevorstehenden Jahres werden vom Reichsbankpräsidenten Koch sehr optimistisch beurtheilt. Einem Ersuchen des „Berliner Lokalanzeiger“ gegenüber soll er sich in folgender Weise über die gegenwärtige Lage geäußert haben: „Unser Wirthschaftsleben hat in der jüngsten Zeit eine starke Welle nach unten gerissen. Aber es scheint, daß diese Welle langsam wieder nach oben fluthet und daß somit das Schwerste überstanden ist. Das ist nicht eine bloße Empfindung von mir. Ich erhalte Berichte von den verschiedensten Seiten, und daraus ersehe ich, daß eine Besserung einzusetzen beginnt. Einräumen muß ich allerdings, daß der Kohlen- und Eisenmarkt noch keine Symptome einer Besserung zeigt. Sowohl in Oberschlesien wie in Rheinland und Westfalen will es sich da noch nicht recht rühren und vorwärts gehen. Auf diesen Märkten war die Ueberproduktion wohl zu groß. Man wollte sich für die Zukunft, als die Gegenwart so gewaltige Ansprüche stellte, sichern und hat des Guten dabei doch etwas zu viel gethan. Ich lese auch eben wieder von der Zahlungseinstellung einer größeren Firma. Aber das sind doch jetzt nur noch vereinzelte Zusammenbrüche, die nicht mit den Katastrophen im Sommer, weder an Zahl noch an Bedeutung der einzelnen Bankerotte, zu vergleichen sind. Damals sah es in der That sehr böse aus. Aber, wie gesagt: heute ist anscheinend das Schlimmste überstanden, und daß dieser Besserungsprozeß anhalten und mehr und mehr sich in allen Erwerbszweigen fühlbar machen möge, dies ist mein innigster Wunsch für das kommende Jahr.“

Der bürgerlichen Presse waren diese Worte lieblichste Musik, und mit einem Uff! der Erleichterung bemächtigte sich die Börse derselben, ihre Bedeutung mit den kühnsten Illusionen aufbauend. Aber auch die Besimmiten blieben nicht unthätig und ein Vertreter der „Wiener Neuen Freien Presse“ erreichte denn auch von Herrn Koch einige wesentliche Einschränkungen, in denen er erklärt: „Der Ausspruch, daß der Gipfel der Krisis bereits überschritten und eine baldige Besserung zu erwarten sei, hat gewiß seine Berechtigung. Nur hat die Börse ihn wohl etwas zu sanguinisch aufgefaßt. Ich habe nicht mit Bestimmtheit das Ende der Krisis vorausgesagt; ich habe lediglich eine Hoffnung ausgesprochen. Diese Hoffnung stützt sich auf Beobachtungen, die ich während meiner letzten Reisen in Deutschland

von ihm in New York gehaltenen Vortrag über: „Die Trübs und die Arbeiter“ tadelte er unter lebhaftem Beifall die Arbeiterführer, die nach solchen Konferenzen hingingen und Leute wie Mark Hanna als Arbeiterfreunde bezeichneten. Wenn die Arbeiter klassenbewußt wären, würden sie sich garnicht auf derartige Konferenzen einlassen. Schwab habe seine Meinung frei und offen erklärt, und nun läge es an den Arbeitern, ihren Standpunkt einzunehmen und in derselben rücksichtslosen Weise vorzugehen, wie es die Kapitalisten thun.

Die deutschen Gewerkschaften haben allezeit den in diesen Worten von Filler's verkündeten Standpunkt eingenommen, u. A. auch der von bürgerlichen Sozialpolitikern zusammengesetzten „Gesellschaft für soziale Reform“ und bürgerlichen Arbeiterschuttkonferenzen gegenüber. Sie würden es mit Hoßn abweisen, in einem Friedenscomité mit Bueck, Deumer, Arupp, Hebe, Siemens, Blohm, Felisch und gleichgesinnten Elementen über die Verhinderung künftiger Streiks zu diskutieren oder gar ein allgemeines Schiedsgericht mit diesen Herren zu bilden.

Die besonderen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und historischen Verhältnisse eines Staates bleiben niemals ohne Rückwirkung auf die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse desselben. Dies erklärt, weshalb die englische Gewerkschaftsbewegung andere Eigenenthümlichkeiten zeigt als die deutsche, die amerikanische andere als die ihr nächstverwandte englische und diese drei wieder andere als die in romanischen Ländern. Es ist deshalb nicht leicht, ohne Weiteres über die Entwicklung der Gewerkschaften eines anderen Landes ein Urtheil zu fällen. Aber so groß sind diese Unterschiede nicht, daß sie die grundlegenden Verhältnisse der Arbeiterbewegung so umzukehren vermöchten, wie man annehmen müßte, um die Taktik der amerikanischen Gewerkschaftsführer zu rechtfertigen. Sie können nie dafür Erklärung bieten, daß sich die Arbeiter eines dieser industriellen Länder für eine Friedensallianz mit den typischsten Kapitalvertretern begeistern könnte, und am wenigsten könnte dies auf die transatlantische Riesenrepublik mit ihren Milliarden- und Millionentrübs, mit ihrer korrupten Klassenherrschaft, mit ihren Vergewaltigungen der Arbeiterorganisationen, mit ihrer Verachtung des Besitzlosen zutreffen. Alle diese Thatsachen predigen den Klassenkampf und die Organisation der Arbeiter als Klasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, und diese natürliche Logik wird sich schließlich auch den amerikanischen Gewerkschaften aufdrängen, trotz aller Friedensschmalmeien der Unternehmer und ihrer Geschäftsmacher.

Statistik und Volkswirtschaft.

Streiks und Aussperrungen in Oesterreich im Jahre 1900.

Das Arbeitsstatistische Amt in Oesterreich veröffentlicht seinen 7. Jahresbericht über die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen im Jahre 1900.* Darnach fanden 303 Arbeitseinstellungen in 1003 Betrieben mit 156 237 Beschäftigten statt, an denen 105 128 Arbeiter (67,29 pZt.) theilhaftig waren, sowie 10 Aussperrungen in 58 Betrieben mit 5224 Beschäftigten und 4036 Theilhaftigen (75,81 pZt.). Von den Streikenden waren 93 918 männlichen und 11 310 weiblichen Ge-

schlechts. Nach Industriegruppen vertheilen sich die Streiks wie folgt:

Industrie	Zahl der Streiks total	in pZt.	Zahl d. Theilhaftig. total	in pZt.
Bergbau	40	13,2	78791	75,0
Steine und Erden	19	6,3	574	0,5
Metallbearbeitung	26	8,6	1977	1,9
Maschinen, Apparate	13	4,3	519	0,5
Holz- u. Schnitzw.-Ind.	34	11,2	1391	1,3
Leber, Häute, Borsten	20	6,6	604	0,6
Textilindustrie	56	18,5	12010	11,4
Bekleidung, Pus	27	8,9	1644	1,6
Papierindustrie	9	3,0	1004	0,9
Nahr.- u. Genussm.-Ind.	8	2,6	229	0,2
Chemische Industrie	2	0,7	83	0,1
Vaugewerbe	23	7,6	4849	4,6
Graphische Gewerbe	17	5,6	204	0,2
Handel	1	0,3	6	0,0
Verkehrswesen	2	0,7	546	0,5
Anderer Betriebe	6	1,9	697	0,7

Hinsichtlich der Verwaltungsgebiete entfallen die meisten Ausstände auf Böhmen, das mit 35,97 pZt. aller Ausstände an der Bewegung theilhaftig ist; sodann folgen Niederösterreich mit 25,41 pZt., Mähren mit 7,59 pZt., Galizien mit 7,26 pZt.

Gegenüber dem Jahre 1899 ist ein Rückgang in den Zahlen der Streiks und theilhaftigen Betriebe, dagegen eine bedeutende Zunahme der Zahl der Streikenden zu verzeichnen, veranlaßt durch die hohe Ziffer der streikenden Vergleute. Von den 1003 theilhaftigen Betrieben waren 523 Großbetriebe. Mehrere Betriebe umfaßten 39 Streiks mit 73 029 theilhaftigen Arbeitern, während die übrigen 264 Streiks nur 32 099 Streikende umfaßten. In 45 Fällen schlossen sich alle Arbeiter der betreffenden Betriebe dem Ausstände an, in 258 Fällen handelte es sich um partielle Streiks. 115 Streiks begannen im Frühling (März bis Mai), 72 im Sommer (Juni bis August) 44 im Herbst (September bis November) und 72 im Winter (Dezember bis Februar).

167 Streiks währten nur 1—5 Tage; die Durchschnittsdauer aller Streiks betrug 14,6 Tage; der längste währte 270 Tage. Der durch die Streiks veranlaßte Arbeitszeitverlust wird auf circa 3 676 000 Arbeitsstage angegeben, während die Streikenden etwa Kr. 10 414 000 Verdienstausfall erlitten hätten; indeß entfallen hiervon etwa Kr. 10 151 000 allein auf Streiks mit vollem oder theilweisem Erfolg, so daß anzunehmen ist, daß der Verlust durch die erzielten Errungenchaften im Laufe des Jahres mehr als ausgeglichen ist. 7737 Arbeiter, die infolge von Streiks zum Mitfeiern gezwungen waren, erlitten Kr. 378 000 Lohnverlust. In 29 dieser 71 Fälle wurde den Mitfeiern den Arbeitszeitverlust entschädigt. Ueber die Ursachen der Streiks wird folgende Auskunft gegeben: Unzufriedenheit mit Löhnen veranlaßten 152 Streiks (50,2 pZt.), Unzufriedenheit mit der Arbeitsdauer 69 Streiks (22,8 pZt.), Entlassung von Arbeitern 36 Streiks (11,9 pZt.). Lohnforderungen wurden bei 221 Streiks (72,9 pZt.) von 94 856 Arbeitern, Arbeitszeitforderungen bei 117 Streiks (38,1 pZt.) von 84 511 Streikenden, andere Forderungen bei 164 Streiks (54,1 pZt.) von 94 829 Streikenden gestellt. Bei den Lohnforderungen handelte es sich in 184 Fällen um Lohnerhöhungen, bei den Arbeitszeitforderungen in 99 Fällen um den Zehnstundentag in der Industrie, bezw. den Achtstundentag im Bergbau. Die übrigen Forderungen auf Aenderung der Arbeits- oder Dienstordnungen treten mit 62 Fällen hervor.

Erfolgreich endeten 61 Streiks mit 4891 Ausständigen, theilweise erfolgreich 136 Streiks mit 89 921 Ausständigen, erfolglos dagegen 106 Ausstände mit 10 316 Theilhaftigen. Von den Arbeitszeitforderungen waren 41 erfolgreich; 21 hatten theilweisen, 37 keinen Erfolg. Von den Lohnforderungen hatten 36 vollen, 86 theilweisen und 62

* „Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Oesterreich, während d. J. 1900“, Wien 1901, Hfr. Gölder, 161 u. 301 Seiten (siehe auch „Soz. Rundschau“ 1901, Nr. 11, S. 599 bis 613).

gemacht und aus denen ich entnommen habe, daß in der Industrie, wenigstens in einzelnen Zweigen der Industrie eine Besserung der Lage einzutreten beginnt, ferner darauf, daß es mir scheinen will, als beginne das Mißtrauen zu weichen, das auf unserem wirtschaftlichen Leben während der letzten Zeit gelastet hat. Die Situation ist heute jedenfalls besser als vor fünf Monaten. In einigen industriellen Branchen, namentlich in der Textilindustrie, aber auch in der Seidenfabrikation und verwandten Fabrikationsarten beginnt ein neuer Aufschwung. Auch habe ich, als ich vor einiger Zeit in Süddeutschland war, in Ulm, Augsburg u. mehrere Fabriken besucht und habe von deren Leitern gehört, daß sie keine Arbeiter zu entlassen gedenken und überhaupt zufrieden sind. Ähnliches habe ich in den großen Messingfabriken in Württemberg gefunden. In der Eisen- und Kohlenindustrie sieht es freilich zur Zeit noch weniger günstig aus. Es ist fraglich, ob es den rheinischen Eisenindustriellen gelingen wird, den weiteren Niedergang der Preise zu verhindern. Was die Kohle anlangt, so sollen große Mengen unverkauft in Schlesien lagern. Daß die Krisis eine dauernde Schwächung der deutschen Spar- und Kapitalkraft zur Folge haben wird, möchte ich kaum annehmen. Es ist doch sehr viel Kraft in deutschen Volke aufgespeichert. Natürlich ist in den kritischen Zeiten, die wir durchgemacht haben, viel Geld verloren worden, und das will erst wieder eingebracht werden. Ein Finanzmann, mit dem ich kürzlich sprach, schätzt die Verluste in ihrer Gesamtheit auf eine Milliarde. Allerdings kann ich nicht sagen, aus welchen Berechnungen er diese Ziffer ableitet. Sachsen hat besonders schwer gelitten. Wie man sich erzählt, steht dort eine ganze Anzahl von Villen, Equipagen u. zum Verkaufe. Hingegen ist das übrige Deutschland nicht so sehr betroffen worden, und, wie gesagt, die Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich aufzuraffen beginnt. Der Staat wird wie bisher die Industrie sich selbst überlassen und wird in die Entwicklung nicht eingreifen. Nur für den Norden sind gewisse staatliche Subventionen in Aussicht genommen, die allerdings den verhältnismäßig geringen Betrag von einer Million nicht übersteigen werden. Diese Subventionen sind aber auch weniger durch die Krise veranlaßt, als vielmehr durch das seit längerer Zeit vorhandene Bestreben des Staates, bei der Industrialisierung jener Landesheile mitzuhelfen. Ob die Ueberproduktion in Zukunft nachlassen wird, ist schwer zu ermessen. Jedenfalls war die Ueberproduktion nicht zum wenigsten schuld am Einbruch der Krise."

Wir glauben nicht, daß der Aufschwung so nahe ist, schon deshalb nicht, weil die Arbeitslosigkeitsziffern noch beständig im Wachsen begriffen sind und den Arbeitslosen keine Hoffnungen auf nahe Aufträge und Arbeitsgelegenheit gemacht werden. Auch dient gerade für Deutschland die Vorbereitung des Schutzolltarifs eher zu allem Anderen, als zur Belebung der Produktion. Die Exportindustrien leiden schwer darunter und der innere Markt ist infolge der Arbeitslosigkeit und Lebensmittelvertheuerung noch auf lange Zeit hinaus lahmgelegt. Ein besseres Urtheil wird zwar erst im folgenden Sommer möglich sein, aber schon jetzt deuten Anzeichen darauf hin, daß die nächsten Jahre der schleichenden Krisis gehören. — Die Gewerkschaften der Arbeiter können ihre Taktik nicht nach offiziellen Stimmungsberichten einrichten, sondern müssen vor Allem aufmerksam die Lage des Arbeitsmarktes, soweit ihr Beruf und die mit ihm verkehrenden Gewerbe in Betracht kommen, studieren. Sie werden dann am ehesten den Moment wahrnehmen, an dem das Schlimmste überstanden und eine Wiedererlangung des Verlorenen möglich ist.

Eine Enquete über die wirtschaftliche Krise beabsichtigt der Verein für Sozialpolitik zu unternehmen.

Der Arbeitsplan ist in einer Ausschussung am 22. Dezember v. J. erörtert worden. Das ganze Werk ist auf vier Bände berechnet. Die erste Abtheilung soll Erscheinungen, Wirkungen und Heilmittel der Krisis auf dem Gebiete der Geldzirkulation und des Credits behandeln, die zweite wird die hauptsächlichsten Industriezweige, vor Allem Eisen, Kohle, Textilien, betrachten, die dritte und letzte die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erörtern.

Die Arbeiterstatistik im Staate New-York.

Wie das „Departement of Labor Bulletin“ des Staates New-York in seiner Dezembernummer mittheilt, bestanden in diesem Staate am 30. September 1901 nicht weniger als 1881 Gewerkschaften mit 276 141 Mitgliedern, davon 14 618 weibliche. In der Stadt New-York selbst waren 174 022, an anderen Plätzen des Staates 102 119 Arbeiter organisiert. Seit September 1897 ist die Mitgliederzahl in fortgesetztem Steigen begriffen, und vor Allem, was besonders erfreulich ist, die der weiblichen Mitglieder, wie folgende Zusammenstellung beweist:

	Gewerkschaften	Mitglieder	davon weibl.
September 1897:	1009	168454	5764
" 1898:	1087	171067	7505
" 1899:	1320	209020	8088
" 1900:	1635	245381	11828
" 1901:	1881	276141	14618

Auf die einzelnen Industrien entfielen am 30. Sept. folgende Gewerkschaften und Mitgliederzahlen:

Industrie	Gewerkschaften	Mitglieder	davon weibl.
Bau- u. Steinarbeiter	515	85401	—
Bekleidungs- u. Textilgewerbe	150	41883	10157
Metalle, Maschinen	333	35562	20
Transportgewerbe	240	34371	3
Buchdruck, Buchbind.	99	17986	906
Tabakarbeiter	57	10210	2489
Nahrungsmittel- und Getränke	120	9451	—
Theater und Musik	38	11688	509
Holz- u. Möbelarbeiter	71	8260	22
Gastwirthschaftsgew.	83	6804	502
Deffentl. Angestellte	81	8142	10
Verschiedene Berufe	94	6383	—
Zusammen	1881	276141	14618

Dieselbe Statistik veröffentlicht auch die Ergebnisse der regelmäßigen Zählung der Arbeitslosen, deren Ziffer Ende Sept. 1901 von 272 538 Berichtenden 18 617 oder 6,9 pZt. betrug; davon waren 8340 oder 3,1 pZt. der Ziffer der Durchschnittsmittelgliederzahl während des ganzen 3. Quartals ohne Beschäftigung. Die einzelnen Industriegruppen waren mit folgenden Arbeitslosenziffern betheiltigt:

Industrie	Zahl der Arbeitslosen		1900		Dav. währ. d. 3. Quart. 1901
	Septbr. 1901	Total pZt.	in pZt.	in pZt.	
Stein- u. Baugewerbe	6158	7,2	14,9	4,1	1452 1,7
Bekleid. u. Textil-Ind.	4074	9,7	29,2	0,8	2389 5,7
Metalle, Maschinen	1598	4,6	-6,2	3,2	513 1,4
Transportgewerbe	1584	4,8	8,5	2,9	507 1,5
Buchdrucker, Buchbinder	1243	6,9	11,1	8,6	1020 5,7
Tabakarbeiter	465	4,6	17,4	2,6	240 2,4
Nahrungsm., Getränke	712	7,6	14,6	8,7	502 5,5
Theater und Musik	1724	23,9	8,4	6,8	1336 12,5
Holz- u. Möbelarbeiter	564	7,0	7,2	6,0	189 2,3
Gastwirthschaftsgewerbe	209	3,1	8,4	9,1	95 1,4
Deffentl. Angestellte	68	0,8	2,0	0,1	39 0,5
Verschiedene Berufe	218	3,5	4,2	8,4	58 0,9
Zusammen	18617	6,9	13,3	4,7	8340 3,1

Ueber die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit giebt die folgende Zusammenstellung Auskunft:

Ursachen:	Zahl der Arbeitslosen:			
	Total		in Prozenten	
	1901	1900	1901	1900
Mangel an Arbeit	11259	23643	60,5	75,1
Wetter	418	166	2,2	0,5
Streik oder Aussperrung.	2473	4080	16,0	13,0
Mangel an Material	1349	—	7,2	—
Krankheit	1476	1481	7,9	4,7
Alter	375	501	2,0	1,6
Audere spezielle Ursachen.	682	1468	3,7	4,7
Unbekannte Ursachen.	85	121	0,5	0,4
Zusammen.	18617	31460	100,0	100,0

Auffällig an dieser Arbeitslosigkeitsstatistik berührt es, daß im Staate New-York im Herbst 1900 die Arbeitslosigkeit um mehr als zwei Drittel größer war, als im Herbst 1901. In beiden Jahren waren es aber nicht Streiks und Aussperrungen, sondern vorwiegend Arbeitsmangel, welche den Grad der Beschäftigungslosigkeit am meisten beeinflussten. Die jenseits des Ozeans unberücksichtigt eingetretene Wendung zum Besseren wird auch aus allgemeinen amerikanischen Wirtschaftsberichten bestätigt, so in den Berichten der Gewerkschaften, in den Mittheilungen über die Fortschritte der Trusts zc.

Die Arbeitsstatistik des Staates New-York, die im Weiteren auch vierteljährlich die Zahl der Arbeitstage und die Schwankungen der Löhne ermittelt, ist eine der vorzüglichsten, die wir gegenwärtig besitzen, und sie könnte insbesondere der deutschen Arbeitsstatistik als Muster empfohlen werden, nicht bloß der zur Zeit noch im Schooße der Zukunft ruhenden amtlichen Statistik, die durch das neu zu schaffende Arbeitsstatistische Amt verwirklicht werden soll, sondern namentlich auch der Organisationsstatistik der Gewerkschaften. Hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem unsere Gewerkschaften die regelmäßige Ermittlung und Berichterstattung über Arbeitslosigkeit, Arbeitstage und Arbeitsverdienste durchführen und damit der amtlichen Statistik die Bahnen ihrer künftigen Entwicklung weisen werden. Dringend noth thut uns vor Allem eine fortlaufende, in den Zentralorganisationen erhobene Arbeitslosenstatistik in Verbindung mit einer ständigen Berichterstattung über den Arbeitsmarkt. Die gelegentlichen Zählungen durch die Gewerkschaftskartelle können diese Aufgabe nie gänzlich erfüllen; ihr Werth ist erschöpft mit der Ausnutzung ihrer Ergebnisse zur Vertretung sozialpolitischer Forderungen in Staat und Gemeinde. Ein Studium des Arbeitsmarktes ist aber nur möglich durch fortgesetzte Arbeitslosigkeitshebungen in den einzelnen Berufen und deren Zusammenfassung für das ganze Reich, in welche Aufgabe sich die Berufsverbände mit den Reichsbehörden theilen. Erfreuliche Anfänge solcher Statistiken sind bereits bei den Bildhauern, Buchdruckern, Porzellanarbeitern und Töpfern vorhanden. Auch die Maurer und Zimmerer haben in den letzten Jahren Erhebliches geleistet, was nur der regelmäßigen Fortsetzung bedarf. Hierzu kann der Blick auf eine in Vollendung vor uns liegende Statistik, wie die des Staates New-York, nur anregend wirken. Ohne Mithilfe der Gewerkschaften kann keine Staatsbehörde eine zuverlässige Statistik aufnehmen, aber die Gewerkschaften können auch ohne Staatshilfe Bedeutendes auf diesem Gebiete leisten und bahnbrechend wirken.

Rus der Arbeiterbewegung.

Internationale Bergarbeiterverhältnisse.

1.

Ob die französischen Bergarbeiter in den Generalstreik treten, wenn die geplante Berggesetzreform von der Kammer nicht sanktioniert wird?

Ich glaube es nicht. Bis es zur Berathung und Beschlussfassung über die Anträge der von Edison Barrot vertretenen Arbeitskommission kommt, hat sich entweder die Geschäftslage auf dem internationalen Kohlenmarkt weiter verschlechtert und damit auch die Illusion zum Streik bei den ausschlaggebenden nordfranzösischen Mineurs vergrößert; oder es sind bessere Betriebsverhältnisse eingetreten, und dann wird die Kammer, aus Furcht vor dem Generalstreik, den Arbeiterforderungen doch, und weit mehr als jetzt, zustimmen müssen. Die erste Möglichkeit ist natürlich die nächstliegende, denn noch ist keine Aussicht auf Besserung auf dem Kohlenmarkt vorhanden.

Mit dem Diktum: „Generalstreik ist Generalunfug“, ist die Generalstreik-Idee nicht beseitigt, nicht widerlegt. Gerade bei den Bergarbeitern sind Verhältnisse möglich, wo eine Arbeitsniederlegung dieser Arbeitergruppe bedeutend und sogar „umwälzend“ in die Gesetzgebungsmaschine eingreifen kann; ja, ich kann mir überhaupt leicht eine politische Situation denken, wo eine allgemeine Arbeitseinstellung der Kohlengräber dem ganzen Gemeinwesen zum höchsten Nutzen gereicht. Man denke nur an die Erzwingung eines besseren Wahlrechts zum Parlament durch die Streiks der belgischen Bergleute. Auch in Deutschland hat ein Massenstreik der Knappen (1889) die Waienblüthe der „Sozialreform von oben“ gezeugt; jetzt freilich ist sie längst vertwelkt. Der Riesenstreik der österreichischen Bergleute zwang ja auch den Reichsrath, ein Bergarbeiterchutzgesetz gut zu heißen, das in seiner Art am weitgehendsten ist von allen ähnlichen Gesetzen der europäischen Länder.

Offenes Geheimniß ist, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Präsidentenwahl der Streik der pennsylvanischen Miners von den Wahlmännern beendet wurde, ein Beweis, wie auch im Lande des Dollars der Grubenproletar stärker ist, als die politischen Schachermacher, wenn er nur versteht, zur rechten Zeit mit dem rechten Mittel seine Anrechte geltend zu machen. Längst schon hätte England das fargeschrittenste Berggesetz, wenn nur die außerordentlich stark verbündeten Bergleute wollten! Wie schließlich gar noch in einer Zeit wirtschaftlicher Depression der drohende Massenstreik der Bergarbeiter die Gesetzgebungsmaschine für die Arbeiter in den Gang zu bringen vermag, ersehen wir jetzt gerade in Frankreich.

So gewiß der gleichzeitige Generalstreik aller Arbeitergruppen ein Experiment ist, dessen Ausgang nach meiner Ansicht mindestens eine Niederlage des Proletariats sein würde, so sicher endet ein Generalstreik der Kohlengräber mit dem Siege der Streikenden, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind, als deren vornehmste ich nur nenne: Günstige Konjunktur, Elan der Masse, gute Organisation.

Und keine dieser Bedingungen ist für die französischen Bergarbeiter vorhanden!

Allgemeiner Rückgang, mindestens Stillstand in der Montanindustrie: das ist die derzeitige internationale Signatur. Im ersten Halbjahr 1901 betrug die französische Kohlenförderung 15,4 Millionen Tons, gegen 16,1 im gleichen Zeitraum des Vorjahres; stark zurückgegangen ist die Produktion im Departement du Nord und Pas de Calais. England (bez. Großbritannien) führte von Januar bis Oktober 1901 36,8 Millionen Tons Steinkohlen aus, im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 38,4. Noch besser kommt die verschlechterte Lage der europäischen Kohlenindustrie in dem Fallen des Preises der englischen Kohle zum Ausdruck; ist doch die Menge der Ausfuhr nur um 4,1, der Werth derselben aber um 19,3 pZt. zurückgegangen! Ein Streik der fran-

bevorstehende Jahr wird auch des vierten deutschen Gewerkschaftskongresses gedacht, auf welchem die Vertreter der Buchdrucker im Hinblick auf die Vorgänge in Leipzig wie aus anderen Gründen mancherlei schiefe Urtheile und unzutreffende Kritiken über ihre Organisation richtig zu stellen und die Bedeutung des deutschen Buchdruckerverbandes innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu betonen hätten. Zweifellos werde, heißt es weiter, der Gewerkschaftskongress die Einigkeit und den Zusammenhang des Buchdruckerverbandes mit den übrigen deutschen Gewerkschaften nicht zerstören wollen. — Daran wird wohl Niemand in der Gewerkschaftsbewegung denken, und wenn es auch zu ersten Auseinandersetzungen über mancherlei Vorgänge kommen dürfte, die besser vermieden worden wären, so wird doch das Bewußtsein, daß die Gewerkschaftsbewegung nur als wirtschaftliche Einheit sich stark und machtvoll entwickeln kann, einen für beide Seiten befriedigenden Ausgang der Erörterungen gewährleisten. — Der Verband der Buchdrucker hat alle nothwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Durchführung des Tarifs mit dem 1. Januar 1902 zu sichern. Aus diesem Anlaß bleiben bis auf Widerruf sämtliche Grenzstellen für Mitglieder, die aus dem Ausland zureisen, gesperrt.

Der Mitredakteur des Corr., Gen. Eichler, hat sich der dankenswerthen Aufgabe unterzogen, eine tabellarische Uebersicht über die zahlreichen Positionen des Tarifs zusammenzustellen, die die Uebersicht wesentlich erleichtert.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker theilt mit, daß an diejenigen Firmen, die bisher im Verzeichniß der tarifanerkennenden Buchdruckereien geführt wurden, seitens des Tarifamtes eine erneute Aufforderung zur Anerkennung des Tarifes nicht erfolgt. Der im Jahre 1896 abgeschlossene Tarifvertrag ist nicht gekündigt worden, die Revision des Tarifes ist auf legalem Wege erfolgt und deshalb gilt die früher ausgesprochene Anerkennung des Tarifes weiter fort, so lange nicht der Austritt aus der Tarifgemeinschaft beim Tarifamt angezeigt worden ist.

Baritätische Arbeitsnachweise auf Grund des § 52 des Tarifes wurden bisher für die Tarifkreise Hannover, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Stuttgart, München, Nürnberg, Halle, Altenburg, Berlin und Breslau errichtet.

Der Verband der Bäcker hat unter außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit zu leiden. Nach einer vom Verband in 74 Zahlstellen unternommenen Statistik, in der auch die Unterfrage „Arbeitslosigkeit“ gestellt war, wurden in diesen Zahlstellen mit 25 402 anständigen Bäckergehülfen 4716 Arbeitslose (anständige) gezählt, das sind 18 pSt. Ein Heer arbeitsloser Bäcker liegt auf der Landstraße. In Berlin waren vor Weihnachten bei 6000 Beschäftigten 2000 Arbeitslose. Die Herbergen liegen voll. In Breslau hat man noch in keinem Jahre so viel arbeitslose Bäcker gezählt, wie in diesem. Ähnliches wird aus Leipzig, Kiel usw. berichtet. Die Lehrlingszuchterei der Bäckermeister trägt jetzt ihre unheilvollen Früchte. Ein großer Theil Derjenigen, die in den wirtschaftlich günstigen Jahren dem Bäckerberuf Valet sagten und in der Industrie Arbeit suchten, strömt jetzt in der industriellen Arbeitslosigkeit zum Bäckergerwerbe zurück, belastet den Arbeitsmarkt und drückt die Löhne herunter. Der Verband widmet sein Augenmerk in erster Linie der strengen Durchführung des Maximalarbeitstages, um das ungesegnete Sparen an Arbeitskräften zu verhindern. Aber er gedenkt auch den Arbeitslosen durch die beschlossene Arbeitslosenunterstützung eine Stütze zu bieten und der direkten Erleichterung ihrer Lage diente eine am Weihnachtsfest fast allen arbeitslosen Mitgliedern ausbezahlte Beihilfe in Höhe von M. 5. — Die Fachkommission der Gastwirthschaftsgehülfen hat an den Deutschen Bundesrath eine Petition um Einführung eines besonderen Schutzgesetzes für die im Gast- und

Schankwirthschaftsgewerbe beschäftigten Hülfspersonen gerichtet, die sich auf folgende Forderungen richtet:

1. Die tägliche Arbeitszeit jeder Hülfsperson über 16 Jahre im Gast- und Schankwirthschaftsgewerbe darf 12 Stunden nicht überschreiten und kann mit Rücksicht auf den Geschäftsgang auf 15 Stunden, einschließlich der Pausen, vertheilt werden, so daß eine neunstündige ununterbrochene Ruhezeit innerhalb 24 Stunden verbleibt. Pausen im Sinne dieser Bestimmungen sind Arbeitsunterbrechungen nur dann, wenn das Personal sich aus den zum Gewerbebetrieb benutzten Räumen entfernen darf, über diese Zeit selbstständig zu verfügen hat und die einzelne Pause nicht weniger als eine Stunde beträgt. Dem gesammten Hülfspersonal ist eine Mittagspause von mindestens einer Stunde zu gewähren.

2. Hülfspersonen im Alter von unter 16 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden und darf deren tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen.

3. Jeder Hülfsperson ist wöchentlich eine ununterbrochene Arbeitsruhe von mindestens 36 Stunden zu gewähren, die mindestens alle vier Wochen einmal auf einen Sonntag zu fallen hat.

4. In jedem Gast- und Schankwirthschaftsbetriebe ist von dem Arbeitgeber eine Betriebsordnung aufzustellen und sichtbar auszuhängen, sowie eine Liste zu führen, in welcher die Namen der Hülfspersonen aufgeführt sind und bei jeder Person oder Gruppe von Personen anzugeben ist, in welchen Stunden sie Dienst und wann sie Ruhepausen sowie an welchem Tage sie die unter 3 bestimmte Arbeitsruhe haben.

5. Hülfspersonen weiblichen Geschlechts unter 18 Jahren dürfen in den dem Verkehr der Gäste dienenden Wirthschaftsräumen nicht beschäftigt werden.

6. Hülfspersonen im Sinne dieser Bestimmungen sind, ohne Rücksicht auf die Art und Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, diejenigen Personen, welche nicht nur ausnahmsweise mit Arbeiten im Gast- und Schankwirthschaftsbetriebe beschäftigt werden.

Die Petition wendet sich gegen die von den Arbeitgebern des Gastwirthschaftsgewerbes dem Geschäftsbereich bereiteten Schwierigkeiten und weist die Ueberbetreibung derselben nach. — Daß die Gastwirthschaftsgehülfen heute noch auf ihren gesetzlichen Schutz warten müssen, erklärt sich zur Genüge, wenn man bedenkt, wie sehr der Bundesrath damit beschäftigt ist, den nothleidenden Grundbesitzern zu helfen. — Die Gemeindebetriebsarbeiter haben in Berlin ein Berufsekretariat errichtet, dem die Aufgaben obliegen, die Wünsche der Mitglieder und Arbeiterausschüsse zu Eingaben an die technischen Betriebsleitungen zu formulieren, die Tagespresse über die Vorgänge in den einzelnen Betrieben zu unterrichten und eventuell statistische Erhebungen zu pflegen sowie die Durchführung der Pensionsbestimmungen seitens der städtischen Behörden zu überwachen. Auch soll es agitatorisch und organisatorisch thätig sein, da umfangreiche Betriebszweige noch jeder Organisation entbehren.

Der Verband der Glaser hat mit dem schweizerischen Bruderverband einen Vertrag auf Gegenseitigkeit der Reise- und Arbeitslosenunterstützung abgeschlossen, dessen Geltung zunächst für ein Jahr vorgesehen ist, aber von Jahr zu Jahr verlängert werden kann, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Die vom Verbande der Glaser am 20. September veranstaltete zweite Arbeitslosenzählung (die erste fand am 20. März statt) ergab bei Theilnahme von 1930 Mitgliedern in 76 Zahlstellen und einer Reihe von Einzelorten (im März 2266 Mitglieder in 75 Zahlstellen) eine bedeutend geringere Arbeitslosigkeit. Es waren nur 55 arbeitslos (im März 368), also 2,8 pSt. gegen 16,2 pSt. im März. Dabei ist zu bemerken, daß im März die

zöwischen Mineurs gäbe den englischen Grubenbesitzern erwünschte Gelegenheit, ihren Kohlenüberschuß nach Frankreich abzustößen. In Deutschland sind zwar im Oktober d. J. noch 9,49 Millionen Tons Steinkohlen (Namar d. J. 9,54), 4,13 Braunkohlen (3,8) gefördert worden, aber die Werke haben vielfach große Mengen unverkäuflicher Kohlen und Koks auf den Halde und in den Magazinen. Die rheinisch-westfälischen Syndikatszweigen förderten in den ersten elf Monaten d. J. 46,4 Millionen Tons (47,8) oder 11,59 pZt. weniger, als die Vertheilungsziffer (4,58). Das Syndikat ordnete 20 pZt. Förder einschränkung an. Auch die deutschen Kohlenherren warten mit Scheinacht auf einen Massenstreik der Bergleute, und sei es auch einer der deutschen. Mit Vergnügen werden die Millionen unverkäuflicher Tonnen Kohlen billig in's Welschland geschafft; schon jetzt ist die Ausfuhr deutscher Kohle nach Frankreich im Wachsen begriffen, dank der Syndikatspolitik. Von Januar bis Oktober sind 674 000 Tons deutscher Steinkohle nach Frankreich ausgeführt, die zehnfache Menge steht zur Verfügung, wenn es das Interesse der kapitalistischen Internationale erfordert. Frankreich konsumiert durchschnittlich 40 Millionen Tons Kohlen pro Jahr, ist schon in normalen Zeiten auf 8—9 Millionen Tons Kohlenzufuhr angewiesen, wovon 6—7 aus England kommen. Diese in günstiger Konjunktur vortheilhafte Arbeiterstellung schlägt aber sofort in's direkte Gegenteil um, wenn während einer Krise die heimische Kohlenquelle versiegt. Die ohnehin angeknüpften ausländischen Geschäftsverbindungen erleichtern dann sehr die Verstärkung der Zufuhr, und ich bin sicher, schon haben die französischen Werksbesitzer in dieser Richtung vorgesorgt, auf alle Fälle.

Es käme noch auf Belgien an, das 23½ Millionen Tons Kohlen fördert, sie schon 1900 aber nicht selbst gebrauchte; 1901 ist der Kohlenüberschuß noch größer. Sind doch schon in den ersten zehn Monaten d. J. nur 2½ Millionen Tons eingeführt (davon 1,4 aus Deutschland, 0,61 aus England), gegenüber einer Ausfuhr von über 5 Millionen! Von dieser Ausfuhr gehen über 3 Millionen Tons nach Frankreich. Gegen das erste Quartal d. J. sind im vierten Quartal die Tonnenpreise stark zurückgegangen: Magerkohle ehemals 11—12, jetzt Fres. 9, jetzte Kohle 15, bezw. Fres. 12. Daß unter solchen Umständen auch den belgischen Grubenherren ein Streik hoch willkommen ist, haben uns die Provokationen der Arbeiter seitens der Unternehmer im Beden Liege gezeigt.

Im Allgemeinen macht sich auf dem Weltkohlenmarkt eine Verschiebung, zunächst zu Ungunsten Englands, bemerkbar.

Von den Hauptbergwerksländern hatten eine Steinkohlenförderung (in 1000 Tons):

	1885	1900
Großbritannien	159000	225000
Deutschland	58300	110000
Frankreich	19000	32500
Belgien	17400	23300
Oesterreich-Ungarn	8335	13000
Rußland	4200	15000
V. St. v. Nordamerika	99000	245500
Japan	1290	7000

Diese Tabelle ergibt, daß Großbritannien absolut schon von Nordamerika überflügelt ist und relativ in Deutschland die Kohlenförderung stärker gewachsen als in England. Dieses ist auf Kohlenausfuhr angewiesen, 46 Millionen Tons von den geförderten 225 gingen 1900 in's Ausland, also 20 pZt. Es ist sehr bemerkenswerth, wie Englands Kohlenausfuhr bis Ende Oktober d. J. um über 2,4 Millionen Tons zurückging, während die deutsche Ausfuhr fast stationär blieb. Zurück ging die englische

Ausfuhr nach Rußland, Belgien, Dänemark, Deutschland, Niederlande, Frankreich, Italien, Gibraltar, Malta, Ostindien. Nach all' den genannten europäischen Ländern itieg aber zur selben Zeit die deutsche Kohlenausfuhr!

Droht Britannien auf dem europäischen Kohlenmarkt eine allmälige Verdrängung durch Deutschland, so ist sein jetziger außer europäischer Kohlenabfah erst recht nur noch eine Frage der Zeit. Der Verkauf nach Ostindien und Ostasien, ja auch im Gebiete des Mittelländischen Meeres geht zurück. Die japanische und chinesische Kohlenproduktion mehrte sich; in Bengalen entwickelt sich ein starker Bergbau. Im November d. J. kostete in Aden die Tonne Kohle: englische 37,6 Schilling, bengalische 30; in Bombay englische 37,6, bengalische 21; in Colombo englische 42,6, bengalische 23; in Hongkong englische 41, japanische 22; in Babuan englische 41, hinterindische 19; Moje (japanische Küste) japanische 15; Singapore englische 46, japanische 25. Da kann Britannien nicht mehr mitkommen, die billigen Kulis schlagen den englischen Bergmannsaristokraten.

Wie lange noch, und die englische ist durch asiatische Kohle in den Hafensplätzen des Indischen und Mittelländischen Meeres ersetzt — am Stillen Ozean wird sich die amerikanische zur unbestrittenen Herrscherin machen. Die Kohlenausfuhr der Union betrug in den ersten drei Vierteln d. J. 5 733 429 Tonnen; 453 000 gingen davon schon nach Europa, nach Südamerika 221 000, nach Westindien 541 000 Tons. Ueberall in die bisherige englische Interessensphäre hinein! Noch haben die Yankee ein großes, der Konjunktion noch nicht voll erschlossenes Inland, aber wie lange dauert es, und Amerika wirft England aus Ländern hinaus, wo Letzteres bisher 8 bis 10 Millionen Tons seiner Kohle absetzte! Die Kohlenindustrie der amerikanischen Union ist von einer ungeheuerlichen Expansionsfähigkeit und dem energischen Yankee ist schließlich kein Meer zu breit.

Sehen wir auch ganz von Rußland ab, dessen Bergwerksindustrie ebenfalls noch riesenhaft ausgedehnt werden kann, so genügt schon jetzt die Konkurrenz, um Englands Kohlenbergbau sehr empfindlich zu berühren. Wer weiß, was sich noch im Laufe der Krise entwickelt? So viel steht fest, mit der englischen Vorherrschaft auf dem Kohlenmarkt wird der Rehraus gezängt! Das wissen auch die auf ihre Stellung in der Weltwirtschaft stolzen Engländer sehr wohl, und es wird nur sehr schwierig sein, den englischen Bergarbeitern die veränderte Lage so begreiflich zu machen, daß sie einsehen, daß neue Mittel notwendig wurden, damit in dem Weltkampfe die Arbeiterschaft nicht hilflos zwischen die Mühlensteine kommt. Auf der internationalen Konferenz der Bergarbeiterführer, die neulich in Dover statt fand, waren wenigstens die Führer der englischen Bergleute noch keinem Zureden zugänglich.

Dezember 1901.

(Schluß folgt.)

Otto Gué.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer beginnt seinen 40. Jahrgang; er ist das älteste unserer gegenwärtigen Gewerkschaftsorgane. Dieses seltene Ereigniß wird in Nr. 1 des „Correspondent“ gebührend gewürdigt; ein Jubiläums-Artikel weist auf die Bedeutung und Aufgaben des Buchdruckerverbandes und seines Organs hin, als deren wichtigste die Tarifführung bezeichnet wird. In einem Ausblick auf das

als Mitglieder des Vorstandes, als Revisoren und Ersatzmänner wurden Sozialisten gewählt.

In Schweden ist ein Reichs-Telephon- und Telegraphenarbeiterverband gegründet worden. Der Sitz des Zentralverbandes ist in Stockholm, der Vorsitzende A. Lundin, Nyrogatan 39.

Kongresse u. Generalversammlungen.

Zehnte Generalversammlung des Verbandes der Dachdecker.

Mainz, 27. bis 30. Dezember 1901.

Es sind 19 Delegierte, 2 Mitglieder des Vorstandes, ein Mitglied des Ausschusses und der Redakteur des Verbandsorganes anwesend. Der Vorstand berichtete, daß der Verband in den letzten zwei Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der Filialen vermehrte sich von 96 auf 112, die Mitgliederzahl stieg von 3086 auf 3606. Beständig ist der Wechsel der Mitglieder. Um dem vorzubeugen, muß dahingestrebelt werden, daß in allen Filialen eine regelmäßige Beitragskassierung eingeführt wird. Die Agitation konnte in letzter Zeit wirksamer betrieben werden, weil seit dem 1. April 1900 ein besoldeter Beamter für den Verband thätig ist. Die Finanzkraft des Verbandes stieg insofern, als die Mitglieder seit der letzten Generalversammlung statt $\text{M} 8$, $\text{M} 10,60$ an Jahresbeitrag leisteten.

Das Jahr 1900 brachte eine sehr lebhaftere Lohnbewegung. Es kam in Berlin, Hannover, Cuxfurt, Wittenberg, Halle, Düsseldorf und Augsburg zum Streik. In Berlin wurden, als durch einen partiellen Streik die gestellten Forderungen durchgeführt werden sollten, sämtliche Dachdecker ausgesperrt. Der Vorstand war genötigt, zur Unterstützung dieses Streiks den Wochenbeitrag um 50 % zu erhöhen. Erfreulicher Weise wurde dieser Beitrag von den Mitgliedern voll bezahlt, so daß der Verband, der zu Beginn des Streiks nur $\text{M} 1200$ in der Kassafasse hatte, nur vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten kam. Der Berliner Streik endete, ebenso wie alle anderen Arbeitseinstellungen, erfolgreich für die Arbeiter. Insgesamt waren an den Streiks 540 Arbeiter beteiligt. Im Jahre 1901 waren die Streiks weniger zahlreich. Es kam in Aachen, Potsdam und Schöppenstedt zum Streik und in Helmstedt zu einer Aussperrung der Bauhandwerker, an welcher auch die Dachdecker beteiligt waren. Die Letzteren reisten sämtlich vom Orte ab. Insgesamt waren an diesen Streiks 190 Dachdecker beteiligt. Verloren ging nur der Streik in Aachen, übrigens der einzige Streik in der verflochtenen Geschäftsperiode, der zu Ungunsten der Arbeiter verlief. Ferner fanden in den letzten zwei Jahren 48 Lohnbewegungen statt, die günstig für die Arbeiter verliefen, ohne daß eine Arbeitseinstellung notwendig wurde. Dem Beschluß des letzten Verbandstages folgend, wurden in vielen Orten Tarifkommissionen eingesetzt, die mit gutem Erfolge tätig waren. Die infolge der Streiks und Lohnbewegungen erfolgten Maßregelungen waren sehr zahlreich, doch erreichten die Unternehmer in keinem Orte ihre Absicht, die Organisation dadurch zu vernichten, indem sie deren Leiter brodlos machten. Im Ganzen war der Erfolg der geführten Kämpfe der gebrachten Opfer werth. In einzelnen Orten sind die Arbeitsbedingungen noch recht ungünstig. So beträgt in Hof i. B. die Arbeitszeit noch 16 Stunden im Sommer, während in den meisten Orten die Arbeitszeit eine zehnstündige, in einzelnen Orten auch eine neunstündige ist.

Die Ausgabe für Reise-Unterstützung und Anzugskosten ist verhältnismäßig bedeutend gestiegen, von $\text{M} 258$ in der vorhergegangenen, auf $\text{M} 1279$ in der Geschäftsperiode, für welche der Vorstand Rechenschaft ablegte. Dieser vermehrte Wechsel des Aufenthaltsortes war eine Folge der zeitweilig sehr ungünstigen Monopunktur und der Maßregelungen infolge der Lohnbewegungen.

Die Klassenverhältnisse haben sich in den letzten zwei Jahren wesentlich günstiger gestaltet. In der vorhergehenden Geschäftsperiode hatte die Hauptkasse eine Einnahme von $\text{M} 13 814$, während für die letzte Periode sich die Einnahmen und Ausgaben folgend gestalteten: Vom dritten Quartal 1899 bis einschließlich zweites Quartal 1901 hatte die Hauptkasse des Verbandes eine Gesamteinnahme von $\text{M} 32 935,38$ und eine Ausgabe von $\text{M} 30 908,78$. An Massenbestand verblieben $\text{M} 2026,60$. Die größten Ausgabeposten waren: Drucksachen (einschließlich Verbandsorgan) $\text{M} 5697$; Streikunterstützung $\text{M} 11 645$; Gemäßregelungenunterstützung $\text{M} 711$; Streikunterstützung für andere Gewerkschaften $\text{M} 159$; Agitation $\text{M} 1483$; Verbandstag $\text{M} 1873$; Rechtsschutz $\text{M} 94$; an die Gauvorstände $\text{M} 758$; Beitrag an die Generalkommission $\text{M} 541$; Gehalt des Vorsitzenden $\text{M} 3108$. Gehalt des Redakteurs $\text{M} 672$.

An den Rechenschaftsbericht schließt sich eine längere Diskussion, in welcher auch über das Verbandsorgan verhandelt wird. Bezüglich des letzteren wurde behauptet, daß es in vielen Punkten zu wünschen übrig lasse, jedoch war der Redakteur in der Lage, den Nachweis zu führen, daß die aufgestellten Behauptungen nicht zutreffend sind. Daß nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden könne, liege einfach an Raumangel. Ein Antrag, das Blatt vom Sitz des Verbandes zu verlegen sowie der Antrag, das Blatt wöchentlich, statt wie bisher vierzehntägig erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Beschlossen wird, mehr Raum dadurch zu schaffen, daß mehr Beisitzer verwandt wird, als bisher. Gegen den Vorstand wird angeführt, daß er sich bemühen müsse, die Klassenführung übersichtlicher zu gestalten. Die mit großen Kosten verknüpften Revisionen der Hauptkasse in Frankfurt a. M. seitens des in Bremen seinen Sitz habenden Ausschusses, werden bemängelt und wird sodann beschlossen, daß der Ausschuß jährlich nur einmal und zwar nur durch einen Vertreter die Hauptkasse zu revidieren hat.

Eine längere Debatte wird durch Beschwerden, welche gegen einen früheren Verwaltungsbeamten des Verbandes in Bielefeld vorlagen, hervorgerufen. Die Beschwerde war vom Gewerkschaftskartell in Bielefeld erhoben und sah sich daraufhin der Verbandsvorstand veranlaßt, den betreffenden Verwaltungsbeamten zu ersuchen, seine Vertrauensämter im Verbandsverband anzunehmen. Der Beschuldigte ist auf seine Kosten zum Verbandstage erschienen. Nach eingehender Erörterung der Sache kam der Verbandstag zu dem Beschluß, daß wohl der Vorstand recht gehandelt habe, daß aber andererseits die Handlungen des Beschuldigten nicht derart seien, daß er nicht würdig sei, eine Vertrauensstellung in der Organisation einzunehmen. Der Verbandstag beschloß ferner, dem somit Rehabilitierten die Unkosten zu ersetzen, die ihm durch die Reise zum Verbandstage entstanden sind.

Die schon auf früheren Verbandstagen erörterte Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll nunmehr zum Abschluß gebracht werden. Vom Vorstand sind Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern veranstaltet, doch war die Beheiligung der Mitglieder an den Erhebungen nicht ausreichend, um auf Grund des gewonnenen Materials eine sichere Entscheidung treffen zu können. Da nach der Natur des Gewerbes

angewandte, im September aber die günstigste Periode des Verufes war.

Der Untertunungsverein der Mupfer- und Eisenverarbeiter veröffentlicht jetzt, etwas spät, die Ergebnisse seiner Verbandsarbeit vom Jahre 1900. Wir kommen darauf zurück, wenn die jetzt erst theilweise veröffentlichten Abhandlungen vor uns liegen.

Der Zentralverein der in der Schweizer Textilwarenindustrie beschäftigten Arbeiter ehemals Untertunungsverein der Untertunungsvereine am Jahresbeginn sein 30jähriges Jubiläum. Am 1. Januar 1872 gegründet, blüht der Verein auf eine recht wohlthätige wie bedeutungsvolle Geschichte zurück, als eine der wenigen alten Gewerkschaften, die das Ausnahmegericht überdauert und wieder jung mit der jüngeren Gewerkschaftsbewegung wurden. Was der Verein in den 30 Jahren seines Bestehens geleistet hat, läßt sich Alles in wenigen Worten nicht darstellen. Seine großen und bedeutenden Kämpfe (der Verein zahlte in den Jahren 1894-1900 im Mitgliederdurchschnitt unter allen Zentralverbänden den höchsten Betrag für Streckunterstützung) waren höchst wichtiger, sein Eintreten für die Verbandsarbeit habend, seine steten Bemühungen um die Organisation der Arbeiterinnen verdienen volle Anerkennung. Auf dem Gebiete des Unterstützungsweises steht er in allererster Reihe. Er hat nach den Mittheilungen seines Organs im Arbeiter am Orte und auf der Reise M. 760 000 an Kranke, Invalide und Begräbnisgeld M. 850 000 an Invalidenunterstützung M. 250 000 — für Streiks, Aussperrung usw. M. 150 000 verausgabt. Ungerechnet sind hier die Zehntausende freiwilliger Sammlungen. Seine Gesamteinnahme und Ausgabe seit 30 Jahren bilanziert auf 4½ Millionen Mark. Möge diese Organisation auch in der Zukunft immer lebenskräftig bleiben und ihren Mitgliedern in allen wirthschaftlichen Wechseln eine neue Hilfe bieten.

Die Redaktion des „Steinarbeiter“ hat an Stelle des verstorbenen Othmar Schmidt Genosse E. Gertenberger-Weissensee übernommen. Er bekleidet diese Stellung vorläufig bis zum Kongreß, der dann endgültig über die Verlegung derselben entscheiden wird.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband hat beim Jahreswechsel seine im Nordhausener Abwehrkampf gewahrgelassen Mitglieder mit einem Nichtszuschuß von in Summa M. 1500 unterstützt.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Schweiz. Die Frage der Arbeitslosenversicherung, über welche Genosse Greulich auf Grund seiner eben erschienenen Schrift einen Vortrag in Zürich hielt, wird jedenfalls auch den diesjährigen schweiz. Gewerkschaftskongreß beschäftigen. Die Versammlung, in der Greulich sprach, drückte den Wunsch aus, daß eine Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich eine Kommission wählen möge, welche die angeregten Fragen zu prüfen und zu debattieren habe, um hierauf diesbezügliche Anträge stellen zu können.

Schweiz. Die Organfrage ist ein Schmerzpunkt der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Die „Arbeiterstimme“, das Organ des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ist zwar laut Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses obligatorisch eingeführt, aber der Beschluß wird von den zahlreichen einzelnen Gewerkschaften und Mitgliedern nicht gehörig respektiert. Vieles trägt dazu bei, daß das Obligatorium nicht im deutschen Sinne, d. h. die Zeitung den Mitgliedern auf Verbandskosten geliefert, sondern nur die moralische Pflicht des Abonnements ausgesprochen wird, der sich erfahrungsgemäß ein Theil der Mitglieder immer entzieht. Auch die sprachliche Verschiedenheit der Mitglieder erschwert die Organfrage sehr. Angesichts der Theilung der Arbeiter in drei Sprachstämme müßte je ein Organ

in deutscher, französischer und italienischer Sprache gehalten werden, während heute noch nicht einmal die Grenzen des wöchentlich zweimal erscheinenden deutschen Organs gesichert ist. Die Schaffung kleiner Fachblätter nach deutschem Muster ist heute eine Unmöglichkeit, weil der geringe Umfang der einzelnen Berufsverbände deren Erhaltung in Frage stellt. Vielleicht gelingt es künftig bei besserer Organisation, Berufsorgane zu schaffen, die lebensfähig sind. Heute ist ein gutes allgemeines Blatt notwendiger als schlechte Berufsorgane, und ein Blatt für jeden Sprachstamm das nächste Ziel auf diesem Gebiete. Wie die „Arbeiterstimme“ in Nr. 1 d. J. mittheilt, entziehen sich namentlich die in der Schweiz lebenden Ausländer ihrer Pflicht, die schweizerische Gewerkschaftsprophe zu unterstützen, indem sie behaupten, an ihren im Auslande erscheinenden Fachorganen ein größeres Interesse zu haben. Das kann u. G. kein Grund sein, der nächsten Pflicht dem Aufenthaltslande gegenüber gerecht zu werden, zumal ihnen auch in ihrem schweizerischen Ortsverein leicht Gelegenheit geboten werden könnte, ihr deutsches oder österreichisches oder sonstiges Fachorgan zu lesen. Aufgabe des schweizerischen Gewerkschaftsbundes müßte es aber sein, den einzelnen Mitgliedern der Verbände auf Verbandskosten das Bundesorgan zu liefern; dann werden alle Schwierigkeiten am ehesten behoben sein.

Der schweizerische Metallarbeiterverband beabsichtigt die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach deutschem Muster und die Schaffung eines eigenen Verbandsorgans. Da dem Verband vorwiegend Mitglieder deutscher Zunge angehören, würde das Letztere geringere Schwierigkeiten machen, als für andere Verbände; aber sehr zu bedenken ist dabei, ob dadurch nicht die Existenz des Bundesorgans neuen Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Österreich. Die „Ginigkeit“, Organ des österreichischen Buchbinder-Verbandes, hat am 31. Dezember ihren zehnten Jahrgang vollendet und aus diesem Anlaß eine Festnummer herausgegeben, die eine internationale Revue über die Buchbinderbewegung enthält.

Niederlande. Der Verband der Diamantensarbeiter in Amsterdam hat kürzlich seinen Mitgliedern verboten, in denselben Werkstätten mit den nichtorganisirten Arbeitern zu arbeiten. Die Arbeitgeber verlangten unter Androhung der Aussperrung sämtlicher Arbeiter die Zurücknahme jenes Verbots, der Verband beschloß jedoch mit 3275 gegen 491 Stimmen, das Verbot aufrecht zu erhalten. Darauf haben die Besitzer von Diamantenschleifereien die Aussperrung sämtlicher Arbeiter beschlossen. Die Aussperrung steht unmittelbar bevor.

Ein niederländischer Buchbinderverband. Eine Versammlung von Delegierten der Buchbinderfachvereine in Amsterdam, Haag und Haarlem fand am Sonntag, den 8. Dezember v. J., zu Amsterdam statt und gründete einen Zentralverband der niederländischen Buchbinder. Es wurde beschlossen, ein Verbandsorgan unter dem Titel „Onze Gids“ (Unser Wegweiser) herauszugeben, das monatlich erscheinen soll. Als Sitz des Verbandes, sowie der Redaktion der Fachzeitung wurde Amsterdam bestimmt.

Dänemark. Der dänische Textilarbeiterverband, der mit den Fabrikanten einen gemeinsamen Lohntarif hatte, ist mit diesen wegen der Fortdauer des letzteren in Konflikt gerathen. Auf einen von den Unternehmern vorgelegten Tarif einzugehen, lehnte der Verband ab, beschloß vielmehr, den Fabrikanten eine Verhandlung auf Grundlage der alten Lohntarife vorzuschlagen, die dann bis zum Abschluß der Verhandlungen in Kraft bleiben sollen.

Schweden. Im schwedischen Typographenverbände fiel die Redakteurwahl zu Gunsten des sozialistischen Werbers aus: auch als Vertrauensmann und

ungünstigste, im September aber die günstigste Periode des Berufes war.

Der Unterstützungsverein der Kupfer- und Zinnverarbeiter veröffentlicht jetzt, etwas spät, die Ergebnisse seiner Verzeichnisse vom Jahre 1900. Wir kommen darauf zurück, wenn die jetzt erst teilweise Veröffentlichung abgeschlossen vor uns liegt.

Der Zentralverein der in der Hut- und Filzwaarenindustrie beschäftigten Arbeiter (ehemaliger Unterstützungsverein der Hutmacher) feierte am Jahresbeginn sein 30jähriges Jubiläum. Am 1. Januar 1872 gegründet, blickt der Verein auf eine ebenso wechselvolle wie bedeutungsreiche Geschichte zurück, als eine der wenigen alten Gewerkschaften, die das Ausnahmegesetz überdauerten und wieder jung mit der jungen Gewerkschaftsbewegung wurden. Was der Verein in den 30 Jahren seines Bestehens geleistet hat, läßt sich Alles in wenigen Worten nicht darstellen. Seine großen und bedeutenden Kämpfe (der Verein zahlte in den Jahren 1894—1900 im Mitgliederdurchschnitt unter allen Zentralverbänden den höchsten Betrag für Streikunterstützung) waren höchst schwierige, sein Eintreten für die Verbandsmarkte bahnbrechend, seine steten Bemühungen um die Organisation der Arbeiterinnen verdienen volle Anerkennung. Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens steht er in allererster Reihe. Er hat nach den Mitteilungen seines Organs für Arbeitslose am Orte und auf der Reise M. 760 000 — an Kranke, Invalide und Begräbnisgeld M. 850 000 — an Invalidenunterstützung M. 250 000 — für Streiks, Aussperrung usw. M. 150 000 verausgabt. Ungerechnet sind hier die Zehntausende freiwilliger Sammlungen. Seine Gesamtsummeinnahme und Ausgabe seit 30 Jahren bilanziert auf 4½ Millionen Mark. Möge diese Organisation auch in der Zukunft immer lebenskräftig bleiben und ihren Mitgliedern in allen wirtschaftlichen Wechselfällen eine treue Stütze bieten.

Die Redaktion des „Steinarbeiter“ hat an Stelle des verstorbenen Othmar Schmidt Genosse O. Gerstenberger-Weißensee übernommen. Er bekleidet diese Stellung vorläufig bis zum Kongreß, der dann endgültig über die Besetzung derselben entscheiden wird.

Der deutsche Tabakarbeiterverband hat beim Jahreswechsel seine im Nordhausener Abwehrkampf gemäßigten Mitglieder mit einem Miethszuschuß von in Summa M. 1500 unterstützt.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Schweiz. Die Frage der Arbeitslosenversicherung, über welche Genosse Greulich auf Grund seiner eben erschienenen Schrift einen Vortrag in Zürich hielt, wird jedenfalls auch den diesjährigen schweiz. Gewerkschaftskongreß beschäftigen. Die Versammlung, in der Greulich sprach, drückte den Wunsch aus, daß eine Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich eine Kommission wählen möge, welche die angeregten Fragen zu prüfen und zu debattieren habe, um hierauf diesbezügliche Anträge stellen zu können.

Schweiz. Die Organfrage ist ein Schmerzenskind der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Die „Arbeiterstimme“, das Organ des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ist zwar laut Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses obligatorisch eingeführt, aber der Beschluß wird von den zahlreichen einzelnen Gewerkschaften und Mitgliedern nicht gehörig respektiert. Vieles trägt dazu bei, daß das Obligatorium nicht im deutschen Sinne, d. h. die Zeitung den Mitgliedern auf Verbandskosten geliefert, sondern nur die moralische Pflicht des Abonnements ausgesprochen wird, der sich erfahrungsgemäß ein Theil der Mitglieder immer entzieht. Auch die sprachliche Verschiedenheit der Mitglieder erschwert die Organfrage sehr. Angesichts der Theilung der Arbeiter in drei Sprachstämme müßte je ein Organ

in deutscher, französischer und italienischer Sprache geschaffen werden, während heute noch nicht einmal die Existenz des wöchentlich zweimal erscheinenden deutschen Organs gesichert ist. Die Schaffung kleiner Fachblätter nach deutschem Muster ist heute eine Unmöglichkeit, weil der geringe Umfang der einzelnen Berufsverbände deren Erhaltung in Frage stellt. Vielleicht gelingt es künftig bei besserer Organisation, Berufsorgane zu schaffen, die lebensfähig sind. Heute ist ein gutes allgemeines Blatt nothwendiger als schlechte Berufsorgane, und ein Blatt für jeden Sprachstamm das nächste Ziel auf diesem Gebiete. Wie die „Arbeiterstimme“ in Nr. 1 d. J. mittheilt, entziehen sich namentlich die in der Schweiz lebenden Ausländer ihrer Pflicht, die schweizerische Gewerkschaftspresse zu unterstützen, indem sie behaupten, an ihren im Auslande erscheinenden Fachorganen ein größeres Interesse zu haben. Das kann u. G. kein Grund sein, der nächsten Pflicht dem Aufenthaltslande gegenüber gerecht zu werden, zumal ihnen auch in ihrem schweizerischen Ortsverein leicht Gelegenheit geboten werden könnte, ihr deutsches oder österreichisches oder sonstiges Fachorgan zu lesen. Aufgabe des schweizerischen Gewerkschaftsbundes müßte es aber sein, den einzelnen Mitgliedern der Verbände auf Verbandskosten das Bundesorgan zu liefern; dann werden alle Schwierigkeiten am ehesten behoben sein.

Der schweizerische Metallarbeiterverband beabsichtigt die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach deutschem Muster und die Schaffung eines eigenen Verbandsorgans. Da dem Verband vorwiegend Mitglieder deutscher Zunge angehören, würde das Letztere geringere Schwierigkeiten machen, als für andere Verbände; aber sehr zu bedenken ist dabei, ob dadurch nicht die Existenz des Bundesorgans neuen Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Oesterreich. Die „Einigkeit“, Organ des österreichischen Buchbinder-Verbandes, hat am 31. Dezember ihren zehnten Jahrgang vollendet und aus diesem Anlaß eine Festnummer herausgegeben, die eine internationale Revue über die Buchbinderbewegung enthält.

Niederlande. Der Verband der Diamantarbeiter in Amsterdam hat kürzlich seinen Mitgliedern verboten, in denselben Werkstätten mit den nichtorganisierten Arbeitern zu arbeiten. Die Arbeitgeber verlangten unter Androhung der Aussperrung sämtlicher Arbeiter die Zurücknahme jenes Verbots, der Verband beschloß jedoch mit 3275 gegen 491 Stimmen, das Verbot aufrecht zu erhalten. Darauf haben die Besitzer von Diamantenschleifereien die Aussperrung sämtlicher Arbeiter beschlossen. Die Aussperrung steht unmittelbar bevor.

Ein niederländischer Buchbinderverband. Eine Versammlung von Delegierten der Buchbinderfachvereine in Amsterdam, Haag und Haarlem fand am Sonntag, den 8. Dezember v. J., zu Amsterdam statt und gründete einen Zentralverband der niederländischen Buchbinder. Es wurde beschlossen, ein Verbandsorgan unter dem Titel „Onze Gids“ (Unser Wegweiser) herauszugeben, das monatlich erscheinen soll. Als Sitz des Verbandes, sowie der Redaktion der Fachzeitung wurde Amsterdam bestimmt.

Dänemark. Der dänische Textilarbeiterverband, der mit den Fabrikanten einen gemeinsamen Lohntarif hatte, ist mit diesen wegen der Fortdauer des letzteren in Konflikt gerathen. Auf einen von den Unternehmern vorgelegten Tarif einzugehen, lehnte der Verband ab, beschloß vielmehr, den Fabrikanten eine Verhandlung auf Grundlage der alten Lohntarife vorzuschlagen, die dann bis zum Abschluß der Verhandlungen in Kraft bleiben sollen.

Schweden. Im Schwedischen Typographenverbande fiel die Redakturwahl zu Gunsten des sozialistischen Weverbers aus; auch als Vertrauensmann und

als Mitglieder des Vorstandes, als Revisoren und Ersatzmänner wurden Sozialisten gewählt.

In Schweden ist ein Reichs-Telephon- und Telegraphenarbeiterverband gegründet worden. Der Sitz des Zentralverbandes ist in Stockholm, der Vorsitzende A. Lundin, Nybrogatan 39.

Kongresse u. Generalversammlungen.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Dachdecker.

Mainz, 27. bis 30. Dezember 1901.

Es sind 19 Delegierte, 2 Mitglieder des Vorstandes, ein Mitglied des Ausschusses und der Redakteur des Verbandsorganes anwesend. Der Vorstand berichtete, daß der Verband in den letzten zwei Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der Filialen vermehrte sich von 96 auf 112, die Mitgliederzahl stieg von 3086 auf 3606. Bedauerlich ist der Wechsel der Mitglieder. Um dem vorzubeugen, muß dahingestrebelt werden, daß in allen Filialen eine regelmäßige Beitragsfassung eingeführt wird. Die Agitation konnte in letzter Zeit wirksamer betrieben werden, weil seit dem 1. April 1900 ein besoldeter Beamter für den Verband thätig ist. Die Finanzkraft des Verbandes stieg insofern, als die Mitglieder seit der letzten Generalversammlung statt $\text{M} 8$, $\text{M} 10,60$ an Jahresbeitrag leisteten.

Das Jahr 1900 brachte eine sehr lebhaftere Lohnbewegung. Es kam in Berlin, Hannover, Quersfurt, Wittenberg, Halle, Düsseldorf und Augsburg zum Streik. In Berlin wurden, als durch einen partiellen Streik die gestellten Forderungen durchgeführt werden sollten, sämtliche Dachdecker ausgesperrt. Der Vorstand war genötigt, zur Unterstützung dieses Streiks den Wochenbeitrag um 50 % zu erhöhen. Erfreulicher Weise wurde dieser Beitrag von den Mitgliedern voll bezahlt, so daß der Verband, der zu Beginn des Streiks nur $\text{M} 1200$ in der Hauptkasse hatte, nur vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten kam. Der Berliner Streik endete, ebenso wie alle anderen Arbeitseinstellungen, erfolgreich für die Arbeiter. Insgesamt waren an den Streiks 540 Arbeiter beteiligt. Im Jahre 1901 waren die Streiks weniger zahlreich. Es kam in Aachen, Potsdam und Schöppenstedt zum Streik und in Helmstedt zu einer Aussperrung der Bauhandwerker, an welcher auch die Dachdecker beteiligt waren. Die Letzteren reisten sämtlich vom Orte ab. Insgesamt waren an diesen Streiks 190 Dachdecker beteiligt. Verloren ging nur der Streik in Aachen, übrigens der einzige Streik in der verfloßenen Geschäftsperiode, der zu Ungunsten der Arbeiter verlief. Ferner fanden in den letzten zwei Jahren 48 Lohnbewegungen statt, die günstig für die Arbeiter verliefen, ohne daß eine Arbeitseinstellung notwendig wurde. Dem Beschluß des letzten Verbandstages folgend, wurden in vielen Orten Tariffunktionen eingesetzt, die mit gutem Erfolge thätig waren. Die infolge der Streiks und Lohnbewegungen erfolgten Maßregelungen waren sehr zahlreich, doch erreichten die Unternehmer in keinem Orte ihre Absicht, die Organisation dadurch zu vernichten, indem sie deren Leiter brodlos machten. Im Ganzen war der Erfolg der geführten Kämpfe der gebrauchten Opfer werth. In einzelnen Orten sind die Arbeitsbedingungen noch recht ungünstig. So beträgt in Hof i. B. die Arbeitszeit noch 16 Stunden im Sommer, während in den meisten Orten die Arbeitszeit eine zehnstündige, in einzelnen Orten auch eine neunstündige ist.

Die Ausgabe für Reise-Unterstützung und Umzugskosten ist verhältnismäßig bedeutend geblieben, von $\text{M} 258$ in der vorhergegangenen, auf $\text{M} 1279$ in der Geschäftsperiode, für welche der Vorstand Rechenschaft ablegte. Dieser vermehrte Wechsel des Aufenthaltsortes war eine Folge der zeitweilig sehr ungünstigen Konjunktur und der Maßregelungen infolge der Lohnbewegungen.

Die Klassenverhältnisse haben sich in den letzten zwei Jahren wesentlich günstiger gestaltet. In der vorhergehenden Geschäftsperiode hatte die Hauptkasse eine Einnahme von $\text{M} 13 814$, während für die letzte Periode sich die Einnahmen und Ausgaben folgend gestalteten: Vom dritten Quartal 1899 bis einschließlich zweites Quartal 1901 hatte die Hauptkasse des Verbandes eine Gesamteinnahme von $\text{M} 32 935,38$ und eine Ausgabe von $\text{M} 30 908,78$. An Klassenbestand verblieben $\text{M} 2026,60$. Die größeren Ausgabebelegen waren: Drucksachen (einschließlich Verbandsorgan) $\text{M} 5697$; Streifunterstützung $\text{M} 11 645$; Gemäßregelungenunterstützung $\text{M} 711$; Streifunterstützung für andere Gewerkschaften $\text{M} 150$; Agitation $\text{M} 1483$; Verbandstag $\text{M} 1873$; Rechtsschutz $\text{M} 94$; an die Gauvorstände $\text{M} 758$; Beitrag an die Generalkommission $\text{M} 541$; Gehalt des Vorsitzenden $\text{M} 3108$. Gehalt des Redakteurs $\text{M} 672$.

An den Rechenschaftsbericht schließt sich eine längere Diskussion, in welcher auch über das Verbandsorgan verhandelt wird. Bezüglich des letzteren wurde behauptet, daß es in vielen Punkten zu wünschen übrig lasse, jedoch war der Redakteur in der Lage, den Nachweis zu führen, daß die aufgestellten Behauptungen nicht zutreffend sind. Daß nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden könne, liege einfach an Raumangel. Ein Antrag, das Blatt vom Sitz des Verbandes zu verlegen sowie der Antrag, das Blatt wöchentlich, statt wie bisher vierzehntägig erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Beschlossen wird, mehr Raum dadurch zu schaffen, daß mehr Fettschrift verwandt wird, als bisher. Gegen den Vorstand wird angeführt, daß er sich bemühen müsse, die Klassenführung übersichtlicher zu gestalten. Die mit großen Kosten verknüpften Revisionen der Hauptkasse in Frankfurt a. M. seitens des in Bremen seinen Sitz habenden Ausschusses, werden bemängelt und wird sodann beschlossen, daß der Ausschuß jährlich nur einmal und zwar nur durch einen Vertreter die Hauptkasse zu revidieren hat.

Eine längere Debatte wird durch Beschwerden, welche gegen einen früheren Verwaltungsbeamten des Verbandes in Bielefeld vorlagen, hervorgerufen. Die Beschwerde war vom Gewerkschaftsstellvertreter in Bielefeld erhoben und sah sich daraufhin der Verbandsvorstand veranlaßt, den betreffenden Verwaltungsbeamten zu ersuchen, keine Vertrauensämter im Verbandsverbande anzunehmen. Der Beschuldigte ist auf seine Kosten zum Verbandstage erschienen. Nach eingehender Erörterung der Sache kam der Verbandstag zu dem Beschluß, daß wohl der Vorstand recht gehandelt habe, daß aber andererseits die Handlungen des Beschuldigten nicht derart seien, daß er nicht würdig sei, eine Vertrauensstellung in der Organisation einzunehmen. Der Verbandstag beschloß ferner, dem somit Rehabilitierten die Unkosten zu ersetzen, die ihm durch die Reise zum Verbandstage entstanden sind.

Die schon auf früheren Verbandstagen erörterte Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll nunmehr zum Abschluß gebracht werden. Vom Vorstand sind Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern veranstaltet, doch war die Beteiligung der Mitglieder an den Erhebungen nicht ausreichend, um auf Grund des gewonnenen Materials eine sichere Entscheidung treffen zu können. Da nach der Natur des Gewerbes

auf eine bestimmte Arbeitslosigkeit fast aller Mitglieder zu rechnen sein dürfte, die Dauer derselben aber nicht nur von der Geschäftskonjunktur, sondern besonders von den Witterungsverhältnissen abhängt, so ist die Einführung einer solchen Unterstützung für die Organisation ein gewagtes Unternehmen. Trotzdem sprachen sich fast sämtliche Delegierten dahin aus, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht nur notwendig, sondern auch möglich sei. Die Generalversammlung sah jedoch davon ab, einen endgültigen Beschluß zu fassen, und beschloß, die Mitglieder selbst durch Kräftigung in der ersten Woche des Juni 1902 über die Frage entscheiden zu lassen. Wird die Arbeitslosenunterstützung angenommen, so soll der Beitrag um 20 % pro Woche erhöht werden. An Unterstützung sollen 6 % pro Woche für höchstens 26 Tage in jedem Jahr an das einzelne Mitglied gezahlt werden. Die Bezugsberechtigung soll dann am 1. November 1904 beginnen. Die Debatte über den Sitz des Verbandes nimmt einen unverhältnismäßig großen Raum in den Verhandlungen ein. Es war beantragt, den Sitz von Frankfurt nach Berlin zu verlegen und begründeten die Berliner Delegierten die Sitzverlegung damit, daß der Zentralvorstand auch die Arbeiten lokaler Natur in Berlin verrichten müsse, welche die in Arbeit stehenden Filialbeamten nicht ausführen könnten. Hierzu gehöre insbesondere die Kontrolle der Bauten. Der Verbandstag erkannte die Richtigkeit dieser Gründe nicht an und beschloß, den Sitz in Frankfurt zu belassen. Es wird aber ferner beschlossen, sobald die Mittel des Verbandes dies gestatten, vorbehaltlich der Zustimmung der Berliner Mitglieder einen besoldeten Beamten für die Gaue Norddeutschlands anzustellen. Für diesen Beamten wird ein Gehalt von M 1900 pro Jahr vorgesehen.

Erhebliche Auseinandersetzungen, an welchen sich auch die erschienenen Vertreter Frankfurter Druckfirmen beteiligten, entziehen über die Frage, ob der Druckauftrag für die „Dachdeckerzeitung“ dem bisherigen Privatdrucker entzogen und der Druckerei der „Volkstimme“, welche der organisierten Arbeiterschaft Frankfurts gehört, übertragen werden soll. Der Verbandstag entscheidet sich schließlich für das Letztere, stellt es jedoch dem Vorstand frei, kleinere Druckaufträge dem bisherigen Drucker der „Dachdeckerzeitung“ auch fernerhin zu übertragen.

Es wird sodann über den Arbeiterschutz im Dachdeckerberuf verhandelt. Eine Umfrage bezüglich polizeilicher Vorschriften für den Bauarbeiterschutz ergab, daß von 88 Orten, aus denen Auskunft erteilt wurde, nur in 34 solche Vorschriften bestanden. In dem Referate zu diesem Tagesordnungspunkt wurden alle die Gefahren, welchen die Dachdecker bei ihrer Arbeit ausgesetzt sind, erläutert und wird darauf hingewiesen, welche Maßregeln zu treffen sind, um diesen Gefahren vorzubeugen.

Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der 6. Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erklärt, daß der Schutz der Dachdecker bei ihren geschäftlichen Arbeiten noch immer auf's Ärgste vernachlässigt wird. Deshalb ist es die Pflicht jedes gewissenhaften Kollegen, mit allen Kräften für einen besseren Schutz der Dachdecker bei ihrer Arbeit einzutreten. Da in erster Linie diese Pflicht unserem Verbands obliegt, fordert der Verbandstag alle Filialen, Gaue und den Zentralvorstand auf, die Agitation für besseren Schutz der Dachdecker unermüdet und in immer stärkerem Maße zu betreiben.“

Zu diesem Zweck sind mindestens in jedem Jahre in einer öffentlichen Versammlung die be-

stehenden Mißstände bezüglich des Bauarbeiterschutzes sowie die Mittel und Wege zu den nötigen Verbesserungen darzulegen, wobei namentlich auch den Kollegen die größte Vorsicht und strengste Beachtung der bestehenden Schutzvorschriften zu empfehlen ist.

Außerdem sind immer von Neuem an die zuständigen Instanzen: die Reichsregierung, die Landesregierungen, die Kommunalverwaltungen, die Berufsgenossenschaften, das Reichsversicherungsamt und die Innungen Eingaben zu richten, um bessere Schutzbestimmungen zu erlangen. Bei dieser Tätigkeit haben die Kollegen möglichst mit den anderen Bauarbeitern Hand in Hand zu gehen und sich besonders auch an den lokalen Bauarbeiterschuttkommissionen zu beteiligen.“

Die Statutenänderungen, welche sodann vom Verbandstag vorgenommen werden, sind unwesentlicher Natur. Bedeutungsvoll ist die Erhöhung und einheitliche Regelung des Beitrages. Bisher wurden für 42 Wochen im Jahr pro Woche 20 % Beitrag gezahlt. Dazu kam die obligatorische Beitragsleistung für Streik- und Agitationsfonds, so daß für 42 Wochen ein Beitrag von za. 25 % pro Woche, oder pro Jahr M 10,60 gezahlt wurden. Es wird beschlossen, die Extrabeiträge fortfallen zu lassen und einen einheitlichen Beitrag von 30 % für 42 Wochen im Jahre zu zahlen, wodurch sich die Jahresbeitragsleistung auf M 12,60, also um M 2 erhöht. Wird die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so würde der Beitrag 50 % pro Woche betragen. Von den Beiträgen gehen 75 Prozent an die Hauptkasse und sollen bei dieser hier von 50 Prozent für Verwaltung, 20 Prozent für Streiks und 5 Prozent für Agitation verrechnet werden.

Zum Gewerkschaftskongress wird der Verbandsvorstand delegiert. Die bisherigen Verbandsbeamten werden wiedergewählt und erhält der Vorsitzende zum Unterhalt eines Verbandsbureaus einen Jahreszuschuß von M 200. Der Ausschuß behält seinen Sitz in Bremen. Der nächste Verbandstag findet in zwei Jahren in Dortmund statt.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Verbände der Buchbinder, Portefeuller und Sattler.

Frankfurt a. M., 30. Dezember 1901.

Die Konferenz war zu dem Zwecke von der Generalkommission einberufen, um einen Ausgleich zwischen dem Verband der Buchbinder und dem der Portefeuller herbeizuführen. Die Portefeuller zählen nach den statutarischen Bestimmungen des Buchbinderverbandes zu diesem, doch gelang es trotz lebhafter Agitation nicht, sie in größerer Zahl zur Organisation heranzuziehen. Da gründete sich im November 1900 in Offenbach eine Lokalorganisation der Portefeuller, die sich Ostern 1901 zu einem Zentralverband ausgestaltete, welcher letzterer dann den Anschluß an die Generalkommission beantragte. Von dem Vorstand des Buchbinderverbandes wurde gegen den Anschluß Einspruch erhoben, weil er in dem Portefeullerverband eine Konkurrenzorganisation sah, die nicht nur nach ihrem Statut, sondern auch durch ihre Agitation Berufsgruppen zu gewinnen suchte, welche zweifellos zum Buchbinderverband gehörten. Da zwei im Gegensaß befindliche Organisationen nicht an die Generalkommission angeschlossen sein können, andererseits sich aber gezeigt hatte, daß es dem Portefeullerverband gelang, diese Berufsgruppe mehr für die Organisation zu gewinnen, als dies dem Buchbinderverband gelungen ist, so war die Generalkommission bestrebt, einen Ausgleich der Differenzen zwischen den beiden Organisationen herbeizuführen.

Nach eingehender Aussprache auf der Konferenz gelang es auch, auf Grund des folgenden Memorandum-

dums der Vertreter des Buchbinderverbandes eine Einigung zu erzielen:

Die Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes erklären, dahin wirken zu wollen, daß der Protest gegen einen Anschluß des Portefeuilleverbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit dem Moment zurückgezogen wird, wo der Portefeuilleverband sein Statut in der Weise abändert, daß nur noch Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen in den Verband aufgenommen werden, alle übrigen bis jetzt mit einbezogenen Branchen nicht mehr beim Portefeuilleverband Anschluß finden können.

Die Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes erklären ferner, darauf ihr Bemühen zu richten, daß letzterer Verband von der Zeit des Inkrafttretens des nach der eben angeführten Bedingung abgeänderten Statuts des Portefeuilleverbandes, was spätestens am 1. Juli 1902 erfolgen soll, die Agitation unter den Portefeuillem einstellt und daß der nächsten zur Abänderung der statutarischen Bestimmungen geeigneten Urabstimmung oder Generalversammlung (Verbandstag) des Verbandes ein Antrag auf Streichung der Portefeuille aus den in § 1 des Statuts als zum Verband zugelassenen Branchen unterbreitet wird.

Für den Fall, daß eine Einigung auf Grund der vorstehenden Bedingungen seitens des Verbandes der Portefeuille nicht zu schaffen gesucht wird, muß der deutsche Buchbinderverband den Portefeuilleverband auch ferner als Konkurrenzorganisation betrachten und fernere Maßnahmen dementsprechend treffen.

Im Falle einer Verständigung auf oben angegebener Grundlage verpflichten sich die beiden Vorstände der genannten Verbände, bei Ausbruch von Lohnbewegungen, bei welchen Angehörige der Branchen, die bisher in beiden Verbänden vertreten sind, in Betracht kommen, sich gegenseitig orientierende Mitteilungen zu machen, um zu vermeiden, daß infolge ungenügender oder ganz fehlender Verständigungen von der einen oder der anderen Seite störend in die notwendigen Unternehmungen eingegriffen wird. Bei Streiks oder Aussperrungen verpflichten sich die beiden Verbände jedoch nur insoweit zur Beschaffung finanzieller Unterstützung, als Mitglieder des eigenen Verbandes dabei in Betracht kommen, das heißt, direkt daran beteiligt sind.

Es war damit das Agitationsgebiet der beiden Organisationen abgegrenzt und werden die Papiergalanterie- und Eisnarbeiter nicht mehr zum Portefeuilleverband herangezogen werden, sofern die Mitglieder der beiden Organisationen sich den Vorschlägen ihrer Vorstandsvertreter anschließen.

Von dem Vorstand und Ausschuss des Portefeuilleverbandes wird bereits bekannt gegeben, daß demnächst eine Urabstimmung in der Sache stattfinden wird. Das Statut soll dann ab 1. April 1902 dahingehend lauten, daß nur Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen zum Verband zählen. Die Urabstimmung wird, das ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, die Annahme des Vorschlages des Vorstandes bringen. Dasselbe wird dann wohl auch mit den Vorschlägen geschehen, welche der Vorstand des Buchbinderverbandes den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreiten wird, so daß bald die beiden Verbände in voller Einmütigkeit nebeneinander zu beiderseitigem Vortheil die Agitation betreiben werden.

Der Vorstand des Sattlerverbandes war zur Entsendung von Vertretern zur Konkurrenz aufgefordert, weil vielfach Portefeuille und Sattler in einem Betriebe thätig sind. Zu der schwebenden Diffe-

renz nahmen die Vertreter der Sattler eine neutrale Haltung ein, da sie nicht auf die Heranziehung der Portefeuille zu ihrem Verbandsreflektierten und die Existenz des Portefeuilleverbandes für notwendig hielten.

Der zweite Landeskongress der ungarischen Gewerkschaften und Bildungsvereine fand vom 25. bis 27. Dezember v. J. in Budapest statt. Es waren vertreten: 42 Budapester Vereine durch 78 Delegierte und 47 Provinzvereine durch 42 Delegierte.

Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Tschärb, der auf die seit 1899 herrschende geschäftliche Stöckung und auf die polizeilichen Verfolgungen hinwies, die eine erfreuliche Entwicklung der ungarischen Gewerkschaften verhindert hätten. Die Arbeiterchaft habe sich in zahlreichen Branchen vermindert und gerade die Tüchtigsten hätten das Land verlassen. Trotzdem sei die Mitgliederzahl der Fachvereine gewachsen. Zur Zeit beständen 69 Fachvereine, davon 39 in Budapest und 30 in der Provinz.

Im Jahre 1899 hatten 59 Fachvereine 8585 Mitglieder; 1900 hatten 49 Fachvereine 8222 Mitglieder; im Jahre 1899 hatten diese 49 Fachvereine bloß 6892 Mitglieder, im Jahre 1900 8222, zirka 1300 Mitglieder mehr. In Folge der Unsicherheit der Existenz ist die Fluktuation in den Vereinen eine überaus große; daher kommt es, daß von zirka 5000 neu beigetretenen Mitgliedern bloß 1300 geblieben sind. Der größte Fachverein ist der der Budapester Buchdrucker mit 2279 Mitgliedern.

An Unterstützungen wurde ausgegeben: An Arbeitslose 35 Vereine Kr. 21 837,72; Reiseunterstützung 31 Vereine Kr. 4380,82; an Durchreisende 22 Vereine Kr. 980,10; Krankenunterstützung 4 Vereine Kr. 9179,10. Rechtschutz Kr. 1641,94; außerordentliche Ausgaben Kr. 2194,94. Auf Bildungszwecke verausgabten 47 Vereine Kr. 12 302,64.

43 Vereine verausgabten auf Diverse (Anschaffung von Mobiliar etc.) Kr. 28 293,23. Besoldete stabile Beamte hat nur der Budapester Buchdruckerverein.

Von 292 Rechtsstreitigkeiten endeten mit Erfolg 115, ungünstig 49, Ausgleich waren 38, abgewiesen wurden 33 und 57 sind noch nicht erledigt.

Angemeldet wurden 19 Streiks, von denen erwähnenswert sind: der Streik der Maschinenbauer in den staatlichen Werkstätten mit 3500 Mann, bei der Fabrik Ganz & Komp. 2300, Straßenbahn-Angestellte 4000, Reschitzer Eisenbergwerke 4500 und der Streik in der Rigler'schen Papierfabrik mit 250 Personen. Diese Streiks kosteten den Branchen Kr. 14 117,36, das Comité vermittelte Kr. 2731,56.

Das Comité steht in Verbindung mit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, mit der französischen Arbeiterbörse und der Amsterdamer Gewerkschaftskommission.

Dem Verband des Gewerkschaftsrathes gehören 38 Budapester- und 19 Provinzvereine an.

Direkte Einnahmen des Comité's waren Kr. 1431,82 Ausgaben Kr. 1285,38.

Der Bericht wurde nach einer kurzen Debatte einstimmig zur Kenntniß genommen.

In der Debatte klagten alle Redner über die schlechte Wirtschaftslage und über die traurigen Arbeitsbedingungen. Am zweiten Tage wurde die „Arbeiterchutzfrage“ behandelt, über welche Genosse Israel referierte. Er berichtete über die ausländischen Arbeiterchutzgesetze und charakterisierte das arbeiterchutzfeindliche Verhalten der ungarischen Regierung. Man müsse an die Regierung mit aller Entschiedenheit die Forderung nach einem besseren Gesetze stellen. Auch wegen der Löhne sei noch viel zu thun und die Organisationen müßten an deren

Während früher immer nur einzelne Beamte erschienen waren, hatte sich diesmal das gesamte Personal der Gewerbe-Inspektion vollständig eingefunden. Höhler-Stuttgart führte den Vorsitz, auf dessen Begrüßung Baurath Berner, Inspektor des I. Bezirks, für die Einladung dankte. Er sprach die Hoffnung aus, daß eine weitere Festigung des Vertrauens der Arbeiter zu den Inspektoren das Resultat der Konferenz sein möchte. Gewerkschaftssekretär Näther leitete die Berichterstattung der einzelnen Ortsvertreter mit einem kurzen Referat über die Aufgaben der Vertrauensmänner ein. Aus den Berichten sämtlicher Vertrauensmännerklang die Klage heraus, daß die Arbeiter es nicht wagen dürfen, den Inspektor bei der Revision der Betriebe auf bestehende Mißstände aufmerksam zu machen. Die Inspektoren, die sich eifrig an der Aussprache beteiligten, bestätigten ausdrücklich, daß die Arbeiter darunter zu leiden hätten, wenn sie den Inspektor unterrichten würden.

Inspektor Hardegg bemerkte wörtlich, er würde manchem Arbeiter einen schlechten Dienst erweisen, wollte er ihn in der Fabrik nur anreden. Schärfer kann die brutale Gesinnung der betreffenden Unternehmer kaum gekennzeichnet werden. Bei alledem aber giebt es noch Leute, die von dem Vertrauensverhältnis fabulieren, das zwischen den Arbeitern und den Unternehmern herrschen soll. Bei den Vertrauensmännern findet mehr und mehr die Praxis Eingang, Beschwerden, die ihnen zur Vermittlung an die Beamten übergeben werden, erst einer genauen Vorprüfung zu unterziehen. Das hat Vortheile insbesondere nach zwei Richtungen: erstens wird den Beamten bei etwaigen unbegründeten Beschwerden Arbeit erspart und zugleich der Möglichkeit vorgebeugt, daß im Jahresbericht die Zahlen der von den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern angebrachten „unbegründeten“ Beschwerden aufgeführt werden; zweitens kann der Vertrauensmann unter dem Hinweis auf seine Ermittlungen einer zu flüchtigen Revision vorbeugen oder, wenn der gewünschte Erfolg nicht eingetreten ist, eine Wiederholung der Revision verlangen. Um die ungenierte Beschwerdeführung zu erleichtern, will Herr Hardegg künftig von seinem bevorstehenden Besuch einer Stadt jeweilig den Arbeitern durch den Vertrauensmann Kenntniß geben, damit sie ihn in seinem Hotel oder in einem anderen Lokal besuchen können. Hierbei muß jedoch mit möglicher Vorsicht zu Werke gegangen werden, denn sonst könnten auch die Fabrikanten Tage lang im Voraus vom Kommen des Inspektors Nachricht bekommen und für den äußeren Auszug des Betriebes sorgen.

Mit welchem Raffinement nach dieser Richtung einzelne Unternehmer operieren, das zeigt die Mittheilung eines Heilbronner Vertrauensmannes, daß der dortige Bahnhofsportier von einer Anzahl Fabrikanten den Auftrag habe, ihnen die Ankunft des Gewerbe-Inspektors auf dem Bahnhof jeweils telephonisch anzuzeigen! Der als Gast anwesende Landtagsabgeordnete Keil gab die Anregung, durch amtliche Bekanntmachungen, welche die Zentralstelle für Gewerbe und Handel in den von Arbeitern stark gelesebenen Blättern des Landes von Zeit zu Zeit erlassen sollte, die Arbeiter über ihr Verhältniß zur Gewerbe-Inspektion zu instruieren und ihnen den sicheren Weg der Beschwerdeführung zu zeigen. Klage wurde von mehreren Vertrauensmännern wieder darüber geführt, daß die Inspektoren bei den meisten Revisionen sich immer noch vom Fabrikanten oder einem höheren Fabrikangestellten begleiten lassen.

Baurath Berner suchte das damit zu rechtfertigen, daß die Beamten ohne einen lokalkundigen Führer noch viel weniger sehen würden. Demgegenüber machte Vertrauensmann Schäffler-Heilbronn den beachtenswerthen Vorschlag, den Vorsitzenden oder ein Mitglied des Arbeiterausschusses zum Begleiter zu wählen. Abg. Keil kam auch auf die im Landtag gestellten An-

träge zu sprechen, betr. Umgestaltung der Bezirkseinteilung für die Gewerbe-Inspektion und Errichtung von Arbeiterkammern, und erbat eine Meinungsäußerung der Inspektoren über dieselben. Baurath Berner und Inspektor Hardegg äußerten Bedenken gegen die Anstellung eines Oberinspektors, unter dessen Einfluß die Individualität der einzelnen Inspektoren beeinträchtigt werden könnte, auch wünscht Herr Hardegg nicht, daß die jetzt sämtlich in Stuttgart wohnhaften Inspektoren in ihre Bezirke gewiesen werden, schon des Rückhalts wegen, den sie sich jetzt gegenseitig gewähren können. Keil fürchtet die Verwischung der Individualität der Inspektoren nicht. Daß die Inspektoren ihren Amtssitz in ihrem Bezirk nehmen müssen, das sei wegen des Vorsitzes, den sie nach den erwähnten Anträgen in den Arbeiterkammern führen sollen, nicht unbedingt erforderlich. Zu der Frage der Errichtung von Arbeiterkammern selbst verhielten sich die Beamten sehr reserviert.

Auch Frau Grünau hielt eine in der Form sehr gewandte Ansprache, in der sie bedauerte, daß keine der weiblichen Vertrauenspersonen erschienen war. Es sei sehr wünschenswerth, bei der Auswahl dieser Frauen darauf zu sehen, daß nicht solche genommen würden, die mit den Arbeiterinnen nicht in direkter Fühlung stehen, denn es sei im letzteren Falle sehr schwer, mit den Arbeiterinnen Fühlung und bei ihnen Vertrauen zu finden. (Das spricht nicht zu Gunsten von Diakonissen und Pfarrersfrauen.) Dies sei aber nöthig, um die Wahrheit über die Ungleichheiten in den Betrieben zu erfahren. Häufig werde sie von jungen Arbeiterinnen, die von älteren oder von Aufsichtspersonen abgerichtet seien, angelogen.

Einen wichtigen Berathungspunkt bildete ferner die Frage des Bauarbeiterchuzes, über welche der Geschäftsführer der Stuttgarter Zahlstelle des Maurerverbandes, Stolle, ein gediegenes Referat hielt. Er zeigte an einzelnen Beispielen, daß die Gewissenlosigkeit der Bauunternehmer mit immer stärkerem Nachdruck für die Schaffung einer durchgreifenden Bau-Inspektion spreche.

Eine von den württembergischen Bauarbeitern an den Landtag gerichtete Petition fordert der Anschluß des Bauarbeiterchuzes an die Gewerbe-Inspektion, Anstellung von Bauachverständigen sowie praktischen Kontrolleuren aus den Kreisen der Bauarbeiter. Meinungsverschiedenheiten beständen nun darüber, ob es nützlicher sei, die Bau-Inspektion selbstständig zu machen oder sie der Gewerbe-Inspektion anzugliedern. Die Inspektoren sprachen auf Wunsch des Referenten der Reihe nach ihre „persönliche“ Meinung hierzu aus.

Baurath Berner erblickt die größeren Vortheile in dem Anschluß an die Gewerbe-Inspektion. Baurath Hochstetter dagegen hält die beiden Aufgaben für so verschiedenartig, daß jede eine besondere Organisation erfordere. Die Stadt- und Bezirksbaumeister erscheinen ihm als die geeignetsten Bau-Inspektoren. Inspektor Hardegg hält die Angliederung an die Gewerbe-Inspektion nur dann für thunlich, wenn der letzteren tüchtige Bauachverständige beigegeben werden. Diese Bedingung ist, wie schon bemerkt, in der Bauachzpetition selbst enthalten. Der Anschauung Hochstetter's trat Stolle entschieden entgegen. Die Stadtbaumeister wären am ungeeignetsten als Inspektoren; vollständig unabhängige Beamte sollten die Baukontrolle mit Unterstützung von Arbeitern ausführen. Keil hält die Aufgaben der Bau- und der Gewerbe-Inspektion für so nahe verwandt, daß beide in einer Organisation sehr gut zu vereinigen seien. Die Bedeutung der zur Kontrolle des Arbeiterschuzes geschaffenen Institute wachse, wenn diese verschmolzen seien, vermindere sich, wenn sie zersplittert würden. Das Ziel der Arbeiterschaft müsse sein, aus der Gewerbe-Inspektion in Gemeinschaft mit den zu errichtenden Arbeiterkammern eine selbstständige staatliche Behörde zu machen, die für die Arbeiter dieselbe Bedeutung haben

Hebung noch fleißig arbeiten. Die Programmforderung der österreichischen Sozialdemokratie über Arbeiterschutz wurde als Resolution angenommen (s. Corr.-Bl. Jg. 1901, S. 775). Ueber die Frage der „Krankenversicherung“ referierte Tschärf, der das 1891er Krankenversicherungsgesetz als mangelhaft bezeichnete, da es die Arbeiter zu schwer belaste. Er empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ohne Belastung der Arbeiter, aber unter deren autonomer Leitung fordert. Nachdem mehrere Delegierte zur Sache gesprochen hatten, wurde die Resolution unverändert angenommen und sodann aus der Reihe der Delegierten ein Landesexekutivrat gewählt, der die Beschlüsse des Kongresses zur Durchführung zu bringen hat.

Mit dem Punkt „Arbeiterkammern“ begann der letzte Verhandlungstag. Genosse Kim erörterte die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiterkammern, die als Zentren der Arbeiterorganisationen wichtige Aufgaben zu erfüllen, im Uebrigen aber für die Arbeiter dieselben Funktionen zu versehen hätten, wie die Handels- und Gewerkekammern für die Kaufleute und Industriellen. Medner unterbreitete eine entsprechende Resolution, durch deren Annahme der Kongress beschloß, mit aller Kraft für die Errichtung von Arbeiterkammern einzutreten.

Hinsichtlich der Regelung der Straßensarbeit, über welche Klarik und Baron referierten, wurde ein Protest gegen die den freien Arbeitern aus diesem System erwachsende Konkurrenz beschlossen.

Ueber den Verband der Fachvereine und das Gegenseitigkeitsverhältnis mit dem Auslande referierte Gen. Drahovszky. Er empfiehlt, die Arbeiterbildungsvereine in der Provinz mögen sich zu „gemischten gewerkschaftlichen Organisationen“ umgestalten, in Budapest sollen sich die Fachvereine verwandter Branchen kartellieren. Sodann sei mit den ausländischen Arbeiterorganisationen hinsichtlich des Unterstützungsverhältnisses das Gegenseitigkeitsverhältnis anzubahnen. Nach kurzer Debatte wurde die hierauf bezügliche Resolution angenommen. Genosse Großmann wollte darnach über die Ausweisungsgeschichte des Abgeordneten Cabrini sprechen, dies wurde aber von dem anwesenden Polizeikommissär verboten. Großmann verlangte von den Anwesenden, daß sie mit allem Nachdrucke gegen die Willkür der Polizei protestieren. Der Kongress acceptierte den bezüglichen Antrag Großmann's einstimmig.

„Selbstbildung und gewerkschaftliche Literatur“, war der nächste, vorletzte Punkt der Tagesordnung, Genosse Emanuel Buchinger betonte den Mangel genügender Verbreitung von Wissen und Bildung in den Arbeitervereinen, es fehlen in Ungarn Agitationschriften. In einer Resolution forderte er die Schaffung einer solchen Literatur, sowie die Einführung systematischer Vortragskurse in den Vereinen. Die Resolution wurde nach kurzer Debatte unverändert einhellig angenommen.

Nun folgte als letzter Punkt „Anträge“. Folgende Anträge gelangten zur Annahme: Der nächste Gewerkschaftskongress ist nach zwei Jahren abzuhalten. In Wien ist eine Filiale des internationalen Hafnarbeiterbundes zu errichten.

In das Exekutivcomité wurden gewählt: Karl Tschärf, Eisenzieher, Jakob Israel, Spengler, A. Drahovszky, Eisendreher, J. Seidner, Goldarbeiter, L. Kalner, Buchdrucker, J. Bishnovszky, Eisen- und Metalldreher, L. Kitajka, Schneider, S. Kun, Buchdrucker, J. Wanczák, Schlosser, J. Tatai, Buchdrucker, G. Gogolya, Maurer.

Hierauf wurde unter den üblichen Abschiedsansprachen der Kongress geschlossen.

Die 11. Generalversammlung des Verbandes deutscher Lederarbeiter findet am 31. März und den darauf folgenden Tagen in Magdeburg statt.

Der Verband deutscher Buchdrucker hält seine vierte ordentliche Generalversammlung im Laufe des Monats Juni in München ab.

Verbandsstage im Januar.
26. Januar: Hafnarbeiter in Hamburg.

Aus Unternehmerkreisen.

Das Unternehmertum und die Tarifverträge.

Das Unternehmertum fühlt sich als Herr der Situation und versucht sich aller Verpflichtungen zu entledigen, die es den Arbeitern gegenüber im Laufe der günstigen Jahre eingegangen ist. Die Militär-effektenfabrikanten, die sich bekanntlich weigerten, mit den Arbeitern einen neuen Tarif einzugehen, beginnen jetzt, mit Ablauf des alten Tarifs, bereits die Löhne herabzusetzen. Die Schuhmachereien von Charlottenburg, Schöneberg, Köpenick, Steglitz und Großlichterfelde haben ihre Unterschrift von den erst am 1. Mai 1901 anerkannten Lohn tariffs wieder zurückgezogen, weil sie die beschlossenen Lohnsätze zu hoch finden. Die Maurer- und Zimmermeisterinnung in Kiel lehnte es ab, die bereits früher vorgeesehenen Lohnerhöhungen für die Gehülften anzuerkennen, will aber die bisherigen Lohnsätze auf ein weiteres Jahr zahlen. In Starnberg brach der Ofenfabrikant Müller kurzerhand den auf zwei Jahre geschlossenen Lohn-tarif durch Ankündigung eines fünfprozentigen Lohnabzugs. — Auch im Auslande geht das Unternehmertum in derselben Weise vor. Die dänischen Textilindustriellen kündigen 30prozentige Lohnherabsetzungen an und die dänischen Aherder haben den mit den Seeleuten abgeschlossenen Tarif gekündigt. Auch die Stockholmer Bauunternehmer beschloßen eine Reduktion der Löhne. Diese Tarifstriche sind für die Arbeiter ein sicherer Maßstab zur Beurteilung der Festigkeit ihrer Organisation. Ehe dieselben nicht stark genug sind, den Unternehmern auch in Zeiten des wirtschaftlichen Rückganges Furcht einzuflößen, eher werden die Arbeiter auch nicht im Stande sein, ihre Tarife in schlechten Zeiten aufrecht zu erhalten. Stark werden aber nur diejenigen Gewerkschaften sein, die ihren Mitgliedern gerade in Zeiten der Krisis eine zuverlässige Stütze bieten.

Arbeiterschutz.

Konferenz der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner für die Gewerbe-Inspektion in Württemberg.

Das Institut der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner zum Zweck der Vermittelung von Beschwerden an die Fabrikinspektion hat in Württemberg die weiteste Ausbildung erfahren. Seit Jahren wird ihm in den Tätigkeitsberichten der württembergischen Aufsichtsbeamten in steigendem Maße Anerkennung gezollt. Das ist nicht in letzter Linie dem engen Verhältnis geschuldet, das zwischen den württembergischen Vertrauensmännern und den Aufsichtsbeamten unterhalten wird. Besucht ein Inspektor einen Industriestandort, in welchem ein Vertrauensmann bestellt ist, so sucht er in der Regel auch diesen auf, macht ihm Mitteilung über den Inspektionsbefund, betreffend von ihm angebrachte Beschwerden, befragt ihn nach neuen Beschwerden, giebt ihm Anleitungen für die Behandlung und Voruntersuchung solcher usw. Ferner besuchen die Beamten regelmäßig die von zwei zu zwei Jahren stattfindenden Landeskonferenzen der Vertrauensmänner und beteiligen sich hier an den Debatten. Die letzte dieser Konferenzen fand am 5. Januar d. J. in Stuttgart statt.